

Politik-Wirtschaft, Sek. II., Halbjahr 12.2: Unterstützungseinheit Teil 2

Liebe Schülerinnen und Schüler,

um sich im Corona-bedingten Lernen zu Hause selbständig auf die Anforderungen der Qualifikationsphase vorbereiten zu können, bildet dieses Material **den 2. Teil** einer Lernunterstützung zum Halbjahrsthema „**Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit**“.

Die Erörterung der Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (erste Zeile) ist sowohl für Kurse auf gA- als auch eA-Niveau vorgesehen.

Die Beschreibung des Systems von Primär- und Sekundärverteilung, den Vergleich politischer Positionen sowie die Erörterung von Vorschlägen (zweite Zeile) sieht das KC nur für das eA-Niveau vor. Die Materialien sind für eine selbständige Erarbeitung der Kompetenzen konzipiert, so dass sie unabhängig vom Lehrwerk verwendet werden können. [Aufgabenvorschläge sind auf den Folgeseiten in Blau gesetzt](#). Bitte beachten Sie, dass diese Unterstützungseinheit nicht das gesamte Semesterthema abdeckt, sondern nur einen Teil davon (vgl. KC, S. 21 und S. 28).

Die Inhalte dieser Lerneinheit sind blau unterlegt, Anschlussmöglichkeiten der Lehrwerke (orange unterlegt):

	Sachkompetenz	Methodenkompetenz	Urteilskompetenz
	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...
Anspruch und Wirklichkeit	• beschreiben soziale Ungleichheit am Beispiel der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland.	• analysieren die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung anhand statistischer Materialien.	• erörtern Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (Egalität, Bedarf, Leistung) als Herausforderung für die soziale Marktwirtschaft.
	• beschreiben das System von Primär- und Sekundärverteilung von Einkommen (Umverteilung durch Steuern und Transfers).	• vergleichen politische Positionen zur gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung. Hinführung zu den Positionen →	• erörtern politische Vorschläge zur gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung vor dem Hintergrund von Grundwerten der sozialen Marktwirtschaft (Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit).

Quelle: Auszug Nds. Kerncurriculum Politik-Wirtschaft Sek II. 2018, S. 28

Aufbau der Lerneinheit:

5 **Thema: Armut und soziale Ungleichheit in Deutschland**

- I. Soziale Ungleichheit: Arm in einem reichen Land? – S. 1-2
- II. Was bedeutet Armut? – S. 3-5
- III. Ist die Ungleichheit zu groß? – Zwei Positionen – S. 6-8
- IV. Welche Risiken erwachsen aus sozialer Spaltung? – S. 9
- 10 V. Politische Positionen zur sozialen Gerechtigkeit – S. 10-11
- VI. Prinzipien sozialer Gerechtigkeit – S. 12-14
- VII. Primär- und Sekundärverteilung von Einkommen – S. 15-17
- VIII. Entwicklungstrends in der deutschen Steuerpolitik – S. 17-21
- IX. Mehr Gerechtigkeit durch mehr Umverteilung? – Zwei Positionen – S. 22-24
- 15 X. Vorschläge zur gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung vor dem Hintergrund der Grundwerte der SMW: Hinweise zur Weiterarbeit mit den Lehrwerken – S. 25
- XI. Tagespolitischer Exkurs: Soziale Gerechtigkeit in der Corona-Krise – S. 25-27

I. Soziale Ungleichheit: Arm in einem reichen Land?

M1 Dokumentation: „Deutschland: Arm in einem reichen Land“

20 verfügbar vom 15.09.2017 – 19.09.2020, 25 Minuten:

<https://www.arte.tv/de/videos/077980-000-A/deutschland-arm-in-einem-reichen-land/>

Aufgabenvorschlag:

1. Analysieren Sie Erscheinungsformen, Ursachen sowie das Erleben von Armut.

2. Zeichnen Sie die Strukturhilfe unten ab.

25 Arbeiten Sie heraus,

a) inwieweit die von Armut Betroffenen Deutschland als ungerecht wahrnehmen und was sie von der Politik erwarten,

b) welche Position die Experten (Fratzscher, Augstein und Schneider, s.u.) , die zu Wort kommen, zum Thema „Gerechtigkeit“ vertreten.

30 3. Erläutern Sie, warum in der Dokumentation u.a. die „Agenda 2010“ für die Zunahme von Armut und Ungleichheit verantwortlich gemacht wird (M2).

4. Erklären Sie die Wirkungsweise der „Agenda 2010“ mit Blick auf Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum (Film/M2).

35 5. Was kennzeichnet eine „sozial gerechte“ Gesellschaft? – Entwickeln Sie unter Einbeziehung Ihrer Eindrücke sowie Ihrer Analyse und erworbenen Kenntnisse eine eigene Definition.

Erscheinungsformen von Armut	Ursachen von Armut	Erleben von Armut	Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, Erwartung an die Politik
Joachim Tröger, Rentner			
Mike Sosnowski, Niedriglöhner und Aufstocker			
Maria Lehnhardt, alleinerziehende Mutter			
Marias Kinder			
Rita, Rentnerin			
Julian Leitlov, Unternehmer			
Lisa Bender, Freelancerin			

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

Jakob Augstein, Journalist und Herausgeber von „Der Freitag“, einer linksliberalen Wochenzeitung

Ulrich Schneider, Paritätischer Wohlfahrtsverband

M2 Die Bedeutung der Agenda 2010 für soziale Ungleichheit

Nach der Wiederwahl von Rot-Grün bei der Bundestagswahl im September 2002 steht [die Bundesregierung unter Kanzler Gerhard] Schröder vor vielen Problemen. Die schlechte Wirtschaftslage [...] zwingt [...] 2003 zum Handeln. Die Arbeitslosenquote liegt [...] bei 11,3 Prozent, mehr als 4,7 Millionen Menschen sind offiziell ohne Job. Nach einer Stagnation im Jahr 2002 geht das Bruttoinlandsprodukt in den ersten Monaten des Jahres 2003 zurück. Der Rentenkasse droht im Zuge des demographischen Wandels der Kollaps, der private Konsum sinkt, die Lohnnebenkosten steigen. Der haushaltspolitische Spielraum des Bundes ist in dieser Phase gering. [...] Um Deutschland "wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu führen", wie es Schröder in seiner Regierungserklärung damals formuliert, müssten "Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung" geschaffen werden.

Für die SPD sind diese umfangreichen Reformen auch eine Abkehr vom bisherigen sozialdemokratischen Selbstverständnis. Die "Agenda 2010" zerreißt die Sozialdemokraten innerlich und brüskiert die Gewerkschaften. Der Kurswechsel geht so weit, dass selbst ein FDP-Politiker Schröder applaudiert, als der die Leitlinie der "Agenda 2010" zusammenfasst: "Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern. [...]"

Kernpunkt der Agenda sind von Anfang an die Arbeitsmarktmanahmen. [...] Ein wichtiger Schritt dabei: Die bisherige Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose und die Sozialhilfe werden im Zuge der "Agenda 2010" zusammengelegt. Seither gibt es das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II (ALG II). In der öffentlichen Wahrnehmung setzt sich dafür der Begriff Hartz IV fest - ein Stigma. Die Leistungen werden faktisch auf das Niveau der Sozialhilfe begrenzt, in Einzelfällen liegen sie nach der Einführung auch darunter. [...] Parallel wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt: Wer seinen Job verliert, bekommt im Regelfall nur noch zwölf Monate ALG I. Nur über 55-Jährige erhalten noch maximal 18 Monate staatliche Unterstützung, die an den vorherigen Lohn gekoppelt ist. Danach fallen sie auf Hartz IV zurück. Der monatliche Regelsatz liegt derzeit [2013] bei 382 Euro plus Zuschüssen. Durch diese niedrige Grundsicherung soll ein Anreiz entstehen, einen neuen Job anzunehmen, auch wenn der schlechter bezahlt ist als der vorherige. Stichwort: "Fördern und Fordern". Für ALG II-Empfänger ist jede legale Arbeit zumutbar. [...] Lehnt der Arbeitslose eine zumutbare Tätigkeit ab, wird das ALG II [...] gekürzt. Teil der "Agenda 2010" sind außerdem ein gelockerter Kündigungsschutz und eine Deregulierung der Zeitarbeit. So sollen Unternehmen Produktionsspitzen ausgleichen können, ohne feste Arbeitsverhältnisse eingehen zu müssen.

Zehn Jahre nach ihrer Vorstellung hat die Agenda besonders den Arbeitsmarkt dramatisch verändert. Nach einem kurzen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf mehr als fünf Millionen 2005 liegt heute die Arbeitslosigkeit offiziell bei 3,16 Millionen. Das entspricht einer Quote von 7,4 Prozent. Eine deutliche Verbesserung - allerdings wurde auch die Zählweise mehrmals angepasst. Die Streichung von Leistungen wie der Arbeitslosenhilfe hat auch Folgen für die Lohnnebenkosten - ein erklärtes Ziel der Agenda. Zwischen 2003 und 2013 sinkt der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung sukzessive von 6,5 auf 3,0 Prozent. Ein weiteres Ergebnis der Agenda-Reformen: Die Leih- und Zeitarbeit weitet sich massiv aus. [...] Kritiker werfen der "Agenda 2010" vor, für die Ausweitung des Niedriglohnssektors mitverantwortlich zu sein. [...]"

Ein weiteres Phänomen: Vielen Menschen reicht die Bezahlung ihrer Arbeit nicht mehr zum Leben. "Aufstocker" sind eine ökonomische Erscheinung der vergangenen zehn Jahre. Laut dem Arbeitsmarktforscher Hilmar Schneider gibt es heute in Deutschland 1,4 Millionen Menschen, die neben ihrem Einkommen auch Hartz IV beziehen.

"Die Löhne, zu denen sich Vollzeitarbeit für diese Menschen lohnen würde, erreichen sie nicht. Und die Löhne, die sie erzielen könnten, empfinden sie unter den gegebenen Umständen zu Recht als Zumutung", erklärt Schneider. Eine Entwicklung, die dazu führt, dass der Staat immer mehr Menschen mit Transferleistungen unterstützen muss. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund schlägt Alarm. Hartz IV diene zunehmend zur Sicherstellung des Existenzminimums für Menschen, die trotz ihrer Erwerbstätigkeit kein ausreichendes Einkommen erzielen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/agendazwanzigzehn-hintergrund100.html> (07.04.2013)

II. Was bedeutet Armut?

90 **Aufgabenvorschlag:**

1. Stellen Sie die Definitionen und statistischen Indikatoren von Armut und Armutsgefährdung knapp dar (M1, M2).
2. Fassen Sie die verschiedenen Kritikpunkte an der gängigen Definition von Armut zusammen. (M2, M3)
- 95 3. Erläutern Sie textbezogen relative Armut anhand von prägnanten Beispielen aus der Dokumentation „Deutschland: Arm in einem reichen Land“ (Kapitel I; M1, M4, M5).
4. Entwickeln Sie eine Definition von Armut, die Armut sowohl quantitativ (vgl. M1), als auch qualitativ beschreibt (M4, M5).
4. *„Gewachsen ist [...] nicht die Armut, sondern die soziale Ungleichheit. Von Armut in Deutschland zu sprechen, ist eigentlich eine Verhöhnung der tatsächlichen, bitteren Armut in anderen Weltgegenden ist es eigentlich ziemlich geschmacklos.“* (M3) – Überprüfen Sie diese Position.
- 100

M1 Absolute und relative Armut

Grundsätzlich wird zwischen absoluter und relativer Armut unterschieden: Verallgemeinert bezeichnet die **absolute Armut** einen Zustand, in dem die Grundversorgung nicht gegeben ist. Dies betrifft alle Haushalte, in denen das gewichtete Einkommen unter 3,10 US-Dollar (Kaufkraft) pro Tag und Kopf liegt. Von extremer Armut wird gesprochen, wenn das gewichtete Haushaltseinkommen weniger als 1,90 US-Dollar (Kaufkraft) pro Tag und Kopf beträgt.

Von **relativer Armut** sind Personen betroffen, deren Einkommen unter der jeweiligen Armutsschwelle liegt – beispielsweise liegt diese Schwelle in Deutschland bei 60 Prozent des mittleren Einkommens¹. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben entstehen. Die Einkommen werden also gewichtet. In der Wirtschaftsstatistik gilt als **armutsgefährdet**, wer über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt.

115 Quellen: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52680/armut>
<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/18705/armut>

M2 Kritik an der Definition von Armut

Erklärvideo: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/erklaervideo-warum-deutschland-ein-neues-armutsmass-braucht-1.3163117> (26.09.2016)

120 **M3 „Warum unsere Armen nicht arm sind“ - ein Kommentar**

[...] Das Statistische Bundesamt definiert jeden als arm, der weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens der Deutschen zur Verfügung hat. Wer bis zu 60 Prozent davon hat, ist „armutsgefährdet“.

[...] Wenn nun ein gütiger Spender über alle Deutschen gleichmäßig verteilt einen Geldsegen niederlegen lassen würde, dann würde das an der Zahl der Armen und Armutsgefährdeten überhaupt nichts ändern. Denn dann stiege ja auch das mittlere Einkommen der Deutschen, also die Größe an der sich die Armut bemisst. Diese statistische Armut verschlimmert sich nach dieser Methode sogar, wenn die Preise und die Einkommen am unteren Ende gleichbleiben, aber die Einkommen am oberen Ende steigen. Wenn also statt mittellosen Asylbewerbern alljährlich zehntausende Multimillionäre nach Deutschland einwanderten, würden die Einheimischen dadurch „ärmer“ – zumindest in der Sicht der Bundes-Statistiker und der Beamten [...] im Sozialministerium, die den [...] Armuts- und Reichtumsbericht, verfasst haben.

130 Der Armutsbericht wird alle vier Jahre veröffentlicht und ist für Sozialpolitiker und Wohlfahrtsorganisationen immer wieder ein großes Ereignis. [...] [Armut] ist nach dem Bericht – mal wieder – gewachsen. Nicht, weil mehr Menschen weniger Geld haben, sondern weil die Reichen deutlich reicher

¹ Das mittlere Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Das Durchschnittseinkommen als arithmetisches Mittel aller Einkommen (auch: durchschnittliches Haushaltseinkommen) ist in der Regel höher.

135 geworden sind. Gewachsen ist also nicht die Armut, sondern die soziale Ungleichheit. Von Armut in Deutschland zu sprechen, ist eigentlich eine Verhöhnung der tatsächlichen, bitteren Armut in anderen Weltgegenden ist es eigentlich ziemlich geschmacklos. [...]

Quelle: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/soziale-ungleichheit-warum-unsere-armen-nicht-arm-sind/7167082-all.html> (24.09.2012)

140 **M4 „Deutschland muss endlich sein Armutproblem ernst nehmen“- ein Kommentar**

[...] Natürlich kann man unterscheiden zwischen relativer Armut und absoluter Armut. Aber wenn auf diese Unterscheidung bloß deswegen hingewiesen wird, um die Notsituation von Menschen zu verharmlosen oder um sich vor seiner sozialen Verantwortung zu drücken, dann ist das ein Armutzeugnis. 70.000 Jugendliche verlassen pro Jahr die Schule ohne Abschluss, 1 Million Kinder gehen täglich ohne Frühstück in die Schule, 1,5 Millionen Menschen erhalten Lebensmittel von einer Tafel, 2 Millionen Menschen verzichten im Jahr auf einen notwendigen Arztbesuch aus Kostengründen (Arme leben im Durchschnitt zehn Jahre kürzer). Immer mehr Menschen in Deutschland sind arm trotz Arbeit. Jeder Fünfte arbeitet zu einem Armutslohn. Gleichzeitig leiden 6 Millionen Hartz IV-Berechtigte täglich unter menschenverachtenden Vorurteilen (obwohl drei Viertel von ihnen Kinder, Erwerbstätige im Niedriglohnsektor bzw. mit Qualifizierungsmaßnahmen, Erziehung oder Pflege Beschäftigte sind). [...]

145
150 Quelle: <https://causa.tagesspiegel.de/wirtschaft/hat-deutschland-ein-armutproblem/die-armut-bedroht-den-gesellschaftlichen-frieden.html> (10.02.2017)

M5 Armut und Teilhabe

[...] Absolut arm ist, wer seine Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann. [...]

155 Relativ arm hingegen ist, wer sich nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann, weil er nicht über die entsprechenden Mittel verfügt. Die Wissenschaft hat dafür den Begriff vom **soziokulturellen Existenzminimum** geprägt. Bei dieser Form von Armut geht es um einen Mangel an Teilhabe. In allen westlichen Ländern dreht sich die gesellschaftliche Debatte vor allem um diese Art von Armut. Ein Mensch, der relativ arm ist, ist von kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen, die für die Gesellschaft, in der er lebt, normal sind. Das können Konzertbesuche, der Besuch von Privatschulen, Klassenfahrten, aber auch der eingeschränkte Zugang zu Informationen sein. [...]

160
165
170
Quelle: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/armut> (letzte Bearbeitung: März 2020)

III. Ist die Ungleichheit in Deutschland zu groß? – Zwei Positionen

175 **Aufgabenvorschlag:**

1. “Für mich sind die Ursache der Ungleichheit und der Anspruch der Gesellschaft entscheidend“, sagt Marcel Fratzscher in Z. 265 ff. Arbeiten Sie auf diese Kriterien bezogen (Ursache und normativer Anspruch der Armutsvermeidung) den argumentativen Kern der jeweiligen Position heraus.

180 2. Wie positionieren Sie sich hinsichtlich der Frage, ob die soziale Ungleichheit in Deutschland zu groß ist? Formulieren Sie eine vorläufige Stellungnahme in maximal fünf Sätzen.

Material

185 **Nimmt die soziale Spaltung in Deutschland zu, haben wir ein Gerechtigkeitsproblem? – Darüber sind Ökonomen unterschiedlicher Auffassung. Das folgende Streitgespräch führen Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, und Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München.**

ZEIT: [...] Ist es möglich, dass wir [...] unterschätzen, wie viele Menschen mit den Verhältnissen unzufrieden sind? Dass Medien, Experten und Politiker nicht wahrnehmen, was da gärt?

190 **Fratzscher:** Ja, in Umfragen sagen 70 Prozent der Deutschen, dass die Ungleichheit zu groß ist. Natürlich kann man behaupten, die lägen alle falsch, die Ungleichheit in Deutschland sei gering und alles sei gut. Aber das ändert nichts an den Fakten: Über die vergangenen 40 Jahre hat sich die Ungleichheit bei den Lebenseinkommen verdoppelt. Bei den privaten Vermögen ist Deutschland sogar das Land mit der höchsten Ungleichheit in der Euro-Zone. Tatsache ist auch, dass die Ungleichheit mit Blick auf Lebenschancen, soziale Mobilität, Vermögen und auch bei Einkommen über die vergangenen Jahrzehnte stark zugenommen hat. Das ist die zentrale politische Herausforderung.

200 **Fuest:** Das sehe ich anders. Unzufriedenheit mit der etablierten Politik lässt sich auch in Deutschland nicht allein auf ökonomische Faktoren zurückführen, schon gar nicht auf Ungleichheit. [...] Deutschland gehört weltweit zu den vier Ländern mit dem am stärksten ausgebauten Sozialstaat. Bei uns ist die Ungleichheit seit 2005 massiv zurückgegangen. Das sieht man, wenn man sich die Entwicklung der Einkommen anschaut und dabei berücksichtigt, dass viele Arbeitslose eine Stelle gefunden haben.

205 **Fratzscher:** Ich muss hier energisch widersprechen: Es ist nicht richtig, den historischen Höhepunkt bei der Einkommensungleichheit im Jahr 2005 als Messlatte zu nehmen. Das blendet aus, dass die Einkommensungleichheit bis dahin jahrzehntelang nahezu durchgehend gestiegen ist. Wollen wir sagen, Ungleichheit sei kein Problem, da sie nicht jedes Jahr weiter steigt und keinen neuen historischen Höhepunkt erreicht hat? Zudem ist die Ungleichheit auch nur dann seit 2005 gesunken, wenn man sich eine von vielen, eine ganz spezifische Maßzahl anschaut, nämlich die verfügbaren Einkommen, die auch staatliche Transfers wie die Bezüge der Arbeitslosen mit berücksichtigen [= Sekundäreinkommen im Unterschied zu auf dem Markt erzielten Primäreinkommen]. Die Ungleichheit bei Chancen, Löhnen und Vermögen hat seither eben nicht abgenommen. Diejenigen, die heute den gleichen Job machen wie vor 15 Jahren, haben oftmals reale Einkommensverluste² hinnehmen müssen.

Fuest: In den letzten zehn Jahren ist aber nicht nur die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen [= Sekundäreinkommen], sondern auch die der Bruttoeinkommen [= Primäreinkommen] gesunken, wenn man die Arbeitslosen miteinbezieht. Das ist und bleibt eine erhebliche Verbesserung.

² Das **Realeinkommen** ist (im Unterschied zum Nominaleinkommen) das inflationsbereinigte Einkommen, bei dem also die Preisentwicklung mit eingerechnet und somit die tatsächliche Kaufkraft berücksichtigt wird.

215 **Fratzscher:** Natürlich ist es ein wichtiger Erfolg, dass seit 2005 über zwei Millionen Arbeitslose wieder Arbeit gefunden haben. Aber was ist denn unser Anspruch als Gesellschaft? Viele Menschen arbeiten heute in prekärer Beschäftigung, für viele sind die Realeinkommen gesunken, viele Eltern sehen, dass ihre Kinder es schwerer haben werden als sie selbst. 40 Prozent der Deutschen haben praktisch keinerlei Vermögen. 12 bis 14 Prozent haben sogar ein negatives Vermögen.

220 **Fuest:** Um ein negatives Vermögen zu haben, muss man jemanden finden, der einem Geld leiht, man muss also zumindest kreditwürdig sein. Wirklich arme Menschen haben kein negatives Vermögen. Die Vermögensungleichheit hat sich in Deutschland überdies zumindest seit der Jahrtausendwende nicht verändert. Wenn das der Grund der Unzufriedenheit wäre, dann hätte es diese Unzufriedenheit schon vor 15 Jahren geben müssen. Vor allem sollte man nicht vergessen, dass die Deutschen typischerweise Anspruch auf eine Rente haben. Das ist Vermögen, wird in den Vermögensstatistiken aber nicht berücksichtigt.
225

Fratzscher: Die Rente ist kein Vermögen, sie ist eine Versicherungsleistung, die viele, vor allem ärmere Menschen, kaum oder gar nicht in Anspruch nehmen können, weil sie vorher sterben. Zudem sehen wir in der gegenwärtigen Diskussion, wie viel unsere Rente wirklich noch wert ist und dass man als junger Mensch besser nicht davon abhängig sein sollte. Das ist doch Teil des Problems: Immer mehr Menschen hängen vom Sozialstaat ab. [...] Die soziale Mobilität³ in Deutschland ist gering. Viele Menschen haben nichts sparen können und hängen somit vor allem, aber nicht nur im Alter von staatlichen Leistungen ab. In Ostdeutschland lebt fast jeder dritte Haushalt überwiegend von staatlichen Transferleistungen. Dazu zählen wir Arbeitslosengeld, Renten [...].
230

Fuest: [...] dass wir mehr Rentner haben, ist doch klar: Die Bevölkerung altert. Renten sind auch keine Transferleistungen. Die Abhängigkeit von tatsächlichen Sozialtransfers ist seit 2005 nicht gestiegen, sondern zurückgegangen, insgesamt um sieben Prozent, bei Hartz IV sogar um 17 Prozent.
235

Fratzscher: Sie ist aber viel zu hoch. Es gibt heute acht Millionen Empfänger von sozialer Mindestsicherung. Und wenn viele Menschen von Sozialleistungen abhängig sind, dann ist auch der Sozialstaat immer weniger leistungsfähig und kann den Menschen eine immer schlechtere Absicherung bieten. Für mich ist es der Kernpunkt der sozialen Marktwirtschaft, dass Menschen die Chance haben, mit ihrer eigenen Hände Arbeit für sich zu sorgen. Das ist heute nicht mehr gewährleistet. Und das empfinden viele Menschen auch so. Deshalb sage ich: Die soziale Marktwirtschaft existiert nicht mehr.
240

Fuest: Das ist eine krasse Übertreibung. Selbstverständlich wäre es ideal, wenn alle Menschen genug verdienen würden, um einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen. Es wird aber immer Menschen geben, die von dem Einkommen, das sie am Arbeitsmarkt erzielen, nicht so leben können, wie wir uns das vorstellen. Was machen wir mit diesen Menschen? Ermöglichen wir ihnen, dass sie zu niedrigen Löhnen arbeiten, und gewähren ihnen einen staatlichen Zuschuss? Oder schicken wir sie in die Arbeitslosigkeit? Ich halte die erste Variante für die sinnvollere.
245

Fratzscher: Das tue ich auch. Aber wir können doch nicht ernsthaft nur den Anspruch haben, wir bringen die Leute in prekäre, schlecht bezahlte Jobs, und alles ist gut. Da muss die Gesellschaft deutlich mehr tun.
250

ZEIT: Aber was? Wenn jemand nichts gelernt hat, kann er nicht als Ingenieur arbeiten.

Fratzscher: Es wird immer Menschen geben, die ohne staatliche Hilfe nicht auskommen, weil sie gesundheitliche oder andere Probleme haben. Wenn man sich anschaut, wer auf Sozialleistungen angewiesen ist, dann fällt auf, dass es darunter immer mehr Menschen gibt, die arbeiten können und wollen, aber für die es nicht reicht, um über die Runden zu kommen. Es gibt viele alleinerziehende Mütter,
255

³ **Soziale Mobilität** bezeichnet die Bewegung zwischen verschiedenen Positionen gesellschaftlicher Schichten.

die gar nicht oder nur in Teilzeit arbeiten. Einige möchten das so, andere würden aber gern mehr arbeiten. Das können sie häufig nicht, weil die Bildungsinfrastruktur, die Betreuungsinfrastruktur fehlt.

260 **ZEIT:** Wie kommt es eigentlich, dass Sie als Ökonomen beim Thema Ungleichheit so unterschiedliche Positionen haben? Liegt das an den Fakten oder an der Interpretation?

Fuest: Die Fakten sind, wie sie sind. Dissens gibt es bei der Bewertung. Über die Frage, ob es gestern wärmer war als heute, würden wir nicht lange streiten, denn Temperaturmessung ist im Wesentlichen eindimensional. Das Phänomen der Ungleichheit hat dagegen viele Dimensionen, und die Frage ist, wie man die in der Zusammenschau bewertet.

265 **Fratzscher:** Für mich sind die Ursache der Ungleichheit und der Anspruch der Gesellschaft entscheidend. Wenn sie das Ergebnis einer gut funktionierenden Marktwirtschaft ist, dann habe ich damit weniger Probleme. In einer Marktwirtschaft muss es sich auszahlen, wenn man sich anstrengt. In Deutschland ist die Ungleichheit aber zu einem großen Teil auf eine Fehlfunktion des Marktes zurückzuführen. Das Einkommen eines Menschen hängt nicht so sehr von seiner eigenen Leistung ab, sondern zur
270 Hälfte vom Einkommen und dem Bildungsgrad der Eltern. Der Zusammenhang ist noch enger als in den USA. Zu viele Menschen haben also nicht einmal die Chance, sich einzubringen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln.

Fuest: Da muss man etwas genauer hinschauen. Seit den siebziger Jahren ist das deutsche Bildungssystem kontinuierlich ausgebaut worden. Dadurch ist die gemessene soziale Mobilität natürlich stark
275 gestiegen. Man hat damit vielen Menschen die Chance gegeben, aufzusteigen. Irgendwann sind die Potenziale ausgeschöpft, es sind viele Menschen gut ausgebildet, dann geht die gemessene soziale Mobilität wieder zurück. Das bedeutet aber nicht, dass es an Aufstiegsmöglichkeiten fehlt.

Fratzscher: Fakt ist doch: In Deutschland erreicht nur einer von vier jungen Menschen einen besseren Bildungsabschluss als die Eltern. Und weniger als 50 Prozent der Bevölkerung studieren, in anderen
280 Ländern ist der Anteil viel höher. Gerade Kinder aus sozial- und einkommensschwachen und bildungsfernen Familien haben in Deutschland heute viel geringere Chancen als andere. Wir als Gesellschaft verwehren viel zu vielen Kindern die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Talente zu nutzen. Nur eines von vielen Beispielen: 70 Prozent der Kinder von Akademikern gehen zur Universität, und nur 20 Prozent der Kinder von Nicht-Akademikern. Unser Potenzial ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft, ganz
285 im Gegenteil.

Fuest: Allein seit 1995 ist die Zahl der Studenten in Deutschland um fast 50 Prozent gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist niedriger als fast überall sonst. Da kann man schlecht sagen, dass es in Deutschland keine breiten Bildungs- und Aufstiegschancen gibt.

290 Quelle: <https://www.zeit.de/2016/50/oekonomie-donald-trump-us-wahl-globalisierung-populismus/komplettansicht> (01.12.2016)

295

IV. Welche Risiken erwachsen aus sozialer Spaltung?

Aufgabenvorschlag:

1. Analysieren Sie die individuellen, gesellschaftlichen sowie politischen Folgen einer zunehmenden sozialen Ungleichheit laut Christoph Butterwegge (M1) und Sarah Wagenknecht (M2) mithilfe einer Concept Map.
2. Erläutern Sie diese Thesen anhand Ihrer Kenntnisse aus 12.1 sowie der Analyse der Dokumentation (vgl. I, M1, S.2).
3. Birgt Ungleichheit auch Chancen für eine Gesellschaft? – Entwickeln Sie Gegenthesen.

M1 Der Politologe und Armutforscher Christoph Butterwege sieht in der sozialen Spaltung der Gesellschaft auch die Gefahr einer politischen Spaltung:

[...] Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben. Während junge Menschen manchmal jahrzehntlang im Bereich des Wohnens, der Gesundheit und der Freizeitgestaltung sowie von Bildung und Kultur benachteiligt sind, wird Senioren der Lohn für ihre Lebensleistung verweigert. [...] Längst ist die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich das Kardinalproblem der Bundesrepublik. Denn die soziale Spaltung des Landes zieht eine sozialräumliche Spaltung und eine politische Spaltung nach sich: Regionen entwickeln sich unterschiedlich, und die Großstädte zerfallen in Luxusgegenden in Citylage, in denen sich die Reichen und Wohlhabenden konzentrieren, und die Quartiere am Stadtrand, in denen sich die Armen und Abgehängten sammeln.

Zumindest ganz Reiche sind auch politisch einflussreich, wohingegen sich Arme ohnmächtig fühlen und ihre Interessen parlamentarisch nicht vertreten sehen. Deshalb nehmen sie kaum noch an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teil [...]. Die soziale Polarisierung führt zur Entpolitisierung und zu einer Krise der repräsentativen Demokratie, wenn nicht mehr alle Bevölkerungsschichten am politischen Leben teilhaben.

Aufgrund der Finanzkrise hat die Abstiegsangst vieler Mittelschichtangehöriger zugenommen, die fürchten, trotz guter beruflicher Qualifikation und harter Arbeit ihren sozialen Status nicht länger halten zu können. Davon, dass die soziale Aufstiegsmobilität spürbar nachgelassen hat, die Verteilungsschiefelage also zunimmt, profitieren rechtspopulistische Parteien wie die AfD [...], deren Propaganda dies als Ergebnis der Machenschaften korrupter „Alt-Eliten“ und einer Welle der Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme deutet. Arbeitsmigranten, Geflüchtete und Muslime werden so zu Sündenböcken für die Zunahme der sozialen Ungleichheit gemacht.

Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/politik/soziale-ungleichheit-armut-reichtum-ungleichheit/23257498.html> (01.11.2018)

M2 Ungleichheit zerstört Vertrauen

[...] Ergebnisse der experimentellen Ökonomie legen nahe, dass Menschen zunächst zu kooperativem Verhalten neigen, die Kooperationsbereitschaft aber verloren geht, wenn sie mehrfach durch nicht-kooperatives Verhalten anderer beantwortet wird und so zu eigenen Nachteilen führt. Ein Kind, das früh erlebt, dass Zutrauen und Offenheit von anderen ausgenutzt und missbraucht werden, wird misstrauisch und verschlossen. Die britischen Sozialwissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett haben im Zeitverlauf und im Ländervergleich untersucht, inwieweit das Vertrauen, das Menschen einander gegenbringen, eine gesellschaftliche Größe ist. Ihr Ergebnis ist eindeutig: Je größer die gesellschaftliche Ungleichheit, desto weniger vertrauen die Menschen einander. Hatten etwas in den 1960er Jahren immerhin noch 60 Prozent der US-Bürger ein Grundvertrauen in ihre Mitmenschen, sind es heute weniger als 40 Prozent. Wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt zerfällt, zahlt sich Vertrauen nicht mehr aus, es erhöht sich das Risiko, übers Ohr gehauen zu werden. Wilkinsons und Picketts Studien belegen auch, dass sich Menschen messbar weniger für andere interessieren und um andere sorgen, wenn die Einkommensschere weiter auseinander klafft. Auch Empathie und Solidarität können also durch gesellschaftliche Erfahrungen bestärkt oder entmutigt werden.

Quelle: Sarah Wagenknecht: „Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten. Reichtum ohne Gier“, Campus Verlag, Frankfurt 2018, S. 47f.

V. Politische Positionen zur sozialen Gerechtigkeit

Aufgabenvorschlag:

1. Positionieren Sie sich spontan: Welchen Aussagen über soziale Gerechtigkeit würden Sie – parteiunabhängig – zustimmen, welche lehnen Sie ab? Begründen Sie knapp Ihre Zustimmung/ Ablehnung (Tabelle).
2. „Was ist sozial gerecht?“ - Formulieren Sie eine eigene Antwort.

350

355

Positionen zur sozialen Gerechtigkeit

Im Zuge des Bundestagswahlkampfes 2017 hat spiegel-online Vertreter der Parteien gefragt: „Was ist sozial gerecht?“⁴

Position	Zustimmung / Ablehnung
<p>Peter Tauber, CDU, Generalsekretär</p> <p>"Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften" Sozial gerecht ist, wenn Leistung honoriert wird, wenn Schwache Unterstützung erfahren und wenn es einen fairen Interessenausgleich gibt - dafür steht die soziale Marktwirtschaft. Jeder braucht die Freiräume, um das Beste aus seinem Leben zu machen; niemand wird zurückgelassen. Leistungsbereitschaft und sozialer Ausgleich gehen Hand in Hand. Soziale Gerechtigkeit heißt: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften. Daher ist soziale Gerechtigkeit nur mit Innovation und Wettbewerbsfähigkeit möglich.</p>	
<p>Martin Schulz, SPD, Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat</p> <p>"Die Menschen und ihre Würde in den Mittelpunkt stellen" Gerech ist: Gleiche Chancen für alle, deshalb kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni. Gerech ist: Gute Arbeit zu guten Löhnen, gleiche Bezahlung für Männer und Frauen, faire Renten UND bezahlbare Beiträge. Gerech ist: Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten. Gerech ist: Die Menschen und ihre Würde in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen. Wer hart arbeitet, Kinder erzieht oder Angehörige pflegt, verdient den Respekt der Gesellschaft.</p>	

⁴ SPIEGEL ONLINE hat die CSU vergeblich um eine Antwort von Parteichef Horst Seehofer oder Spitzenkandidat Joachim Herrmann gebeten.

<p>Katja Kipping und Bernd Riexinger, Parteivorsitzende Die Linke</p> <p>"Ein planbares Leben ohne Zukunftsängste" Sozial gerecht ist, wenn niemand in Armut leben muss, kein Kind, keine Rentnerin, wenn alle sicher und frei von Existenzängsten leben können, wenn das eigene Leben planbar ist ohne Zukunftsängste, wenn die Mittelschichten besser gestellt sind, wenn Mieten bezahlbar sind und es mehr und besser bezahltes Personal in der Pflege, Gesundheit und Bildung gibt. Sozial gerecht ist tariflich abgesicherte Arbeit, von der man leben kann, und wenn nicht mehr Leiharbeit, Niedriglöhne, Werkverträge, Befristungen das Leben von Millionen bestimmen. Sozial gerecht sind ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen Gütern und entsprechende öffentliche Investitionen in Bildung, Erziehung und Gesundheit.</p>	
<p>Katrin Göring-Eckardt, Grüne, Fraktionschefin und Spitzenkandidatin</p> <p>"Armut und Ausgrenzung überwinden" Sozial gerecht ist, was den sozialen Frieden bewahrt. Teilhabe- und Aufstiegschancen sind in Deutschland zusehends an Herkunft und Erbe geknüpft. Wenn Menschen mittleren Einkommens Probleme mit der Miete haben, wenn das Studium ein auskömmliches Leben oberhalb der Armutsgrenze nicht mehr garantiert und unser Konsum dazu beiträgt, dass sich Millionen Klimaflüchtlinge auf den Weg machen, steht für die Gesellschaft viel auf dem Spiel. Deshalb jetzt: Armut und Ausgrenzung überwinden. Allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe an Arbeit, Bildung und Chancen ermöglichen.</p>	
<p>Christian Lindner, FDP-Parteivorsitzender</p> <p>"Fleiß und Talent dürfen Unterschiede begründen" Sozial gerecht ist, wenn Menschen einen fairen Zugang zu Bildung, Gesundheit und Arbeit haben. Wenn niemand bei Lebensrisiken im Stich gelassen wird, aber ansonsten Fleiß und Talent Unterschiede begründen dürfen.</p>	
<p>Alice Weidel, AfD-Spitzenkandidatin</p> <p>"Genug Netto vom Brutto" Die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland ist zu hoch. Es ist sozial ungerecht, wenn der Staat den Arbeitnehmern von jedem hart erarbeiteten Euro weniger als die Hälfte lässt. Der Steuerzahlergedenktag erinnert uns jährlich daran, wie Leistungsanreize durch zu viel Umverteilung gestört werden. Sozial gerecht ist, wenn genug Netto vom Brutto am Ende des Monats übrig bleibt und am Ende des Erwerbslebens genug Rente zur Verfügung steht, um einen menschenwürdigen Lebensabend zu verbringen.</p>	

Quelle: <https://www.spiegel.de/fotostrecke/partei-umfrage-zur-themenwoche-soziale-gerechtigkeit-fotostrecke-150460.html> (31.07.2017)

VI. Prinzipien sozialer Gerechtigkeit

360 **Aufgabenvorschlag:**

1. Charakterisieren Sie die jeweilige Position aus dem vorherigen Kapitel (V., Tabelle) hinsichtlich der zugrundeliegenden Gerechtigkeitsprinzipien (M1).

2. Prüfen Sie, welche Vorstellungen sich tendenziell widersprechen oder miteinander vereinbar sind.

3. Welche Gerechtigkeitsprinzipien sollten Ihres Erachtens sozialpolitisches Handeln leiten?

365 → Positionieren Sie sich begründet: Hierarchisieren Sie und stellen Sie Bedingungsbeziehungen zwischen den einzelnen Prinzipien her. Berücksichtigen Sie auch mögliche Dilemmata.

→ Visualisieren Sie Ihre Ergebnisse in einem Schaubild.

3. Vergleichen Sie Ihre Position mit denen in M2.

Tip: Fertigen Sie jeweils für I, II und III ein eigenes kleines Schaubild an.

370

M1 Prinzipien sozialer Gerechtigkeit

[...] Unter sozialer Gerechtigkeit sind allgemein akzeptierte und wirksame Regeln zu verstehen, die der Verteilung von Gütern und Lasten durch gesellschaftliche Einrichtungen [...] an eine Vielzahl von Gesellschaftsmitgliedern zugrunde liegen [...]. Konzentriert man sich auf die Einstellungen der Menschen, so finden sich in ihren Köpfen – oft gleichzeitig, häufig vage und nicht selten vermischt – meist mehrere unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen. Wenn von "sozialer Gerechtigkeit" die Rede ist, dann bleibt also festzustellen, um welche Gerechtigkeit es sich im Einzelfall handelt.

375

Vorstellungen von **Leistungsgerechtigkeit** fordern, dass Menschen so viel erhalten sollen (Lohn, Schulnoten, Lob etc.), wie ihr persönlicher Beitrag und/oder ihr Aufwand für die jeweilige Gesellschaft ausmachen. Konzepte der Leistungsgerechtigkeit sehen also ungleiche Belohnungen vor, um die Menschen für ungleiche Bemühungen und ungleiche Effektivität zu belohnen, sie zur weiteren Anstrengung zu motivieren und so für alle Menschen bessere Lebensbedingungen zu erreichen.

380

Vorstellungen von (Start-) **Chancengerechtigkeit** zielen darauf ab, dass alle Menschen, die im Wettbewerb um die Erlangung von Gütern und die Vermeidung von Lasten stehen, die gleichen Chancen haben sollen, Leistungsfähigkeit zu entwickeln und Leistungen hervorzubringen. Das Konzept der Chancengerechtigkeit bezieht sich also nicht auf das Ergebnis, sondern auf die Ausgestaltung von Leistungswettbewerb. Unterstellt werden durchaus ungleiche Verteilungsergebnisse. Die Vorstellung von Chancengerechtigkeit hat nur dann einen Sinn, wenn Chancen bestehen, mehr oder weniger große Erfolge zu erzielen (zum Beispiel das Abitur statt einen Hauptschulabschluss zu absolvieren). Das Konzept der Chancengerechtigkeit erstreckt sich auf ganz unterschiedliche Startpunkte und Konkurrenzfelder.

385

390

Als bedarfsgerecht gelten Verteilungen, die dem "objektiven" Bedarf von Menschen entsprechen, insbesondere ihren Mindestbedarf berücksichtigen. Empirisch vorzufinden ist **Bedarfsgerechtigkeit** zum Beispiel in den unterschiedlichen Steuerklassen des Einkommenssteuerrechts. Hinter diesem Konzept steht die Einsicht, dass Chancen- und Leistungsgerechtigkeit nicht in der Lage sind, dem jeweiligen Bedarf der nicht Leistungsfähigen, das heißt der Kranken, Alten, Kinder etc. gerecht zu werden. Dem Konzept der egalitären Gerechtigkeit zufolge sollen Güter und Lasten möglichst gleich verteilt werden [**Ergebnis- / Verteilungsgerechtigkeit**]. In einer abgeschwächten Version dieser Gerechtigkeitsvorstellung werden auch Verteilungen von Gütern und Lasten, die gewisse Bandbreiten der Ungleichheit nicht überschreiten, als gerecht angesehen. [...]

395

400

[Insofern stellt eine abgeschwächte Form der Verteilungsgerechtigkeit auch die Forderung dar, dass die Einkommensunterschiede innerhalb der Gesellschaft nicht zu groß sein dürfen, es also z.B. Untergrenzen in Form von Mindestlöhnen und Obergrenzen für Managergehälter geben sollte; Anmerkung PF.]

405

Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit werden in aller Regel für nationalstaatliche Gesellschaften heute lebender Menschen erhoben. Daran wird immer kritisiert, dass Gerechtigkeitsvorstellungen nicht an Landesgrenzen Halt machen dürfen (z. B. im Rahmen des Welthandels), Altersgruppen unterscheiden sollten (so Rentner und Erwerbstätige) und (etwa im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch)

410

auch unsere Nachfahren mit einbeziehen müssen. Konzepte der "**Globalen Gerechtigkeit**" sind daher auf alle Menschen unseres Planeten gerichtet. Forderungen nach "**Generationengerechtigkeit**" erstrecken sich auf die Güter- und Lastenverteilung der heute lebenden Generationen wie auch der kommenden.

415 Die Konzepte einer globalen und einer intergenerationalen Gerechtigkeit stellen keine neuen Gerechtigkeitsarten, sondern Maßstabsveränderungen bisheriger Gerechtigkeitsverständnisse dar. Wer Generationengerechtigkeit fordert, kann damit auch Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit und/oder Gleichheitsgerechtigkeit meinen.

420 Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138445/soziale-gerechtigkeit> (31.05.2012)

M2 Interdependenzen und Dilemmata

Die Gewichtung der unterschiedlichen Gerechtigkeitsprinzipien sowie die Auffassung darüber, in welchem Verhältnis diese zueinander stehen, ist von der jeweiligen wirtschaftspolitischen Ausrichtung abhängig.

425

Die SPD-nahe Hans-Böckler-Stiftung vertritt folgende Position:

I. Die weitgehende Verwirklichung der Chancengleichheit – insbesondere im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt – stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Anerkennung der sich über den Markt ergebenden Einkommens- und Vermögensverteilung als „leistungsgerecht“ und damit für die Akzeptanz der resultierenden Ungleichheit dar.

430 Auch die Zieldimension der Bedarfsgerechtigkeit steht gegenüber der einer Chancengleichheit in komplementärer Beziehung; denn Verletzungen der Bedarfsgerechtigkeit, insbesondere Armut und Ausgrenzung, verstärken die Ungleichheiten der Chancen. Damit sind indirekt auch Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit komplementär⁵.

435 II. Andererseits ist zwischen Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit insofern ein Zielkonflikt angelegt, als bei ausgeprägtem Leistungsprinzip und hoher Ungleichheit der Markteinkommen mit Verletzungen des Ziels der Bedarfsgerechtigkeit zu rechnen ist, sofern keine ausgleichenden staatlichen Transferzahlungen erfolgen und die Auswirkungen des Leistungsprinzips korrigieren.

440 Diese konträre Beziehung ist wiederum insoweit übergreifend, als Bedarfsgerechtigkeit eine Voraussetzung für die Annäherung der Chancen ist und damit indirekt auch zwischen Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit – neben dem erwähnten komplementären Verhältnis – ein Konflikt besteht. Quelle: https://www.boeckler.de/data/wsimit_2011_04_Becker.pdf (04/2011)

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hingegen schreibt:

445 III. „Die Entlohnung, die den Marktkräften überlassen bleibt, setzt zugleich Leistungsanreize frei, auf denen das wirtschaftliche Wachstum und der technische Fortschritt der Marktwirtschaften beruhen. Werden wesentliche Teile des Einkommens, das am freien Markt erzielt werden kann, durch staatliche Eingriffe verhindert oder nachträglich über die Steuern den Einkommensbeziehern entzogen, wird der individuelle Leistungswille geschwächt. Die Folgen sind Fehlleitungen von Kapital (zum Beispiel Abwanderung in das Ausland) und Arbeit (etwa in die Schwarzarbeit), mangelnde Steigerung der Produktivität und Schwächung des wirtschaftlichen Wachstums. [...]

450 Nur aus hinreichendem Leistungseinkommen und Vermögen können Sozialleistungen für Leistungsunfähige finanziert werden. Solange der Abgabendruck die Leistungsantriebe nicht übermäßig schwächt und Leistung anerkannt bleibt, kann die Einkommensverteilung korrigiert und können Steuern nach der Leistungsfähigkeit erhoben werden. [...]

455 Die Einhaltung des Leistungsprinzips erfordert ergänzend, dass gleiche Startchancen für alle Marktteilnehmer gewährleistet werden. Jeder Mensch muss seine Fähigkeiten, mit denen er auf den

⁵ komplementär: gegensätzliche, aber sich ergänzend

Arbeitsmärkten ein Einkommen zu erzielen vermag, auch durch eine entsprechende Ausbildung entfalten können. Zudem besteht eine Wechselwirkung zu einer gerechten Verteilung der Vermögen. 460 Selbst wenn die staatliche Ordnungspolitik diese Rahmen setzt, wird es immer Menschen geben, die nicht in der Lage sind, einen auskömmlichen Lebensunterhalt durch eigene individuelle Leistungen zu verdienen. [...] Politisches Einvernehmen besteht deshalb darin, allen Menschen ein Mindesteinkommen zu garantieren. Das Leistungsprinzip wird ergänzt durch das Recht auf ein Existenzminimum. [...] Das Recht auf das Existenzminimum wird durch das Bedarfsprinzip erweitert.“ 465
Quellen: <https://www.kas.de/de/web/soziale-marktwirtschaft/verteilung>, <https://www.kas.de/de/web/soziale-marktwirtschaft/leistungsprinzip> (2006)

470

475

480

485

490

VII. Primär- und Sekundärverteilung von Einkommen

Aufgabenvorschlag:

1. Beschreiben Sie die Einkommensumverteilung im deutschen Sozialstaat (M1).

495 2. Welche Wirkung hat der Sozialstaat bei der Minderung sozialer Ungleichheit? Welche positiven und negativen Befunde sind in Bezug auf die soziale Ungleichheit zu konstatieren?

Beantworten Sie diese Fragen auf Basis von M2.

3. „Mehr Gerechtigkeit durch mehr Umverteilung?“ – Skizzieren Sie unter Einbeziehung Ihrer bisherigen Kenntnisse (insbesondere aus Kapitel V und VI) mögliche Chancen und Probleme / Risiken.

500 M1 Primär- und Sekundärverteilung von Einkommen

[...] Die nach Einkommensschichten gemessene Einkommensumverteilung durch den Staat beruht auf komplexen Regelungen: Zu berücksichtigen sind auf der einen Seite das Steuersystem mit dem Hauptelement der progressiven Einkommensteuer sowie die Arbeitnehmerbeiträge zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung, die einen linearen Tarifverlauf aufweisen (bis zur Beitragsbemessungsgrenze). Diese Abzüge vermindern das verfügbare Einkommen der Haushalte bzw. der Haushaltsmitglieder. Auf der anderen Seite fließen den Haushalten monetäre staatliche Transfers zu. Hier handelt es sich nicht nur um die lohn- und beitragsbemessenen Sozialversicherungsleistungen wie Renten, Arbeitslosengeld und Krankengeld, sondern auch um die bedarfs- und bedürftigkeits-bemessenen Leistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung, Kinderzuschlag sowie um die Leistungen des Familienleistungsausgleichs (Kinderfreibeträge, Kindergeld, Elterngeld). [...]

505 Quelle: [http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/ Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII30.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII30.pdf) (01.12.2015)

Primärverteilung (durch den Markt)	Markteinkommen (Verteilung vor Steuern und Transfers)
- Umverteilung durch den Staat	- Abzüge durch Sozialversicherungsbeiträge [Einzahler] → Umverteilung : Finanzierung von Versicherungsleistungen (ALG I, Rentenversicherung, Krankenversicherung usw) [Empfänger] - Abzüge durch Steuern [Einzahler] → Umverteilung : Finanzierung von Sozialleistungen (Kindergeld, Wohngeld, ALG II usw., Zuschüsse zur Sozialversicherung) [Empfänger]
= Sekundärverteilung (durch den Staat)	Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers

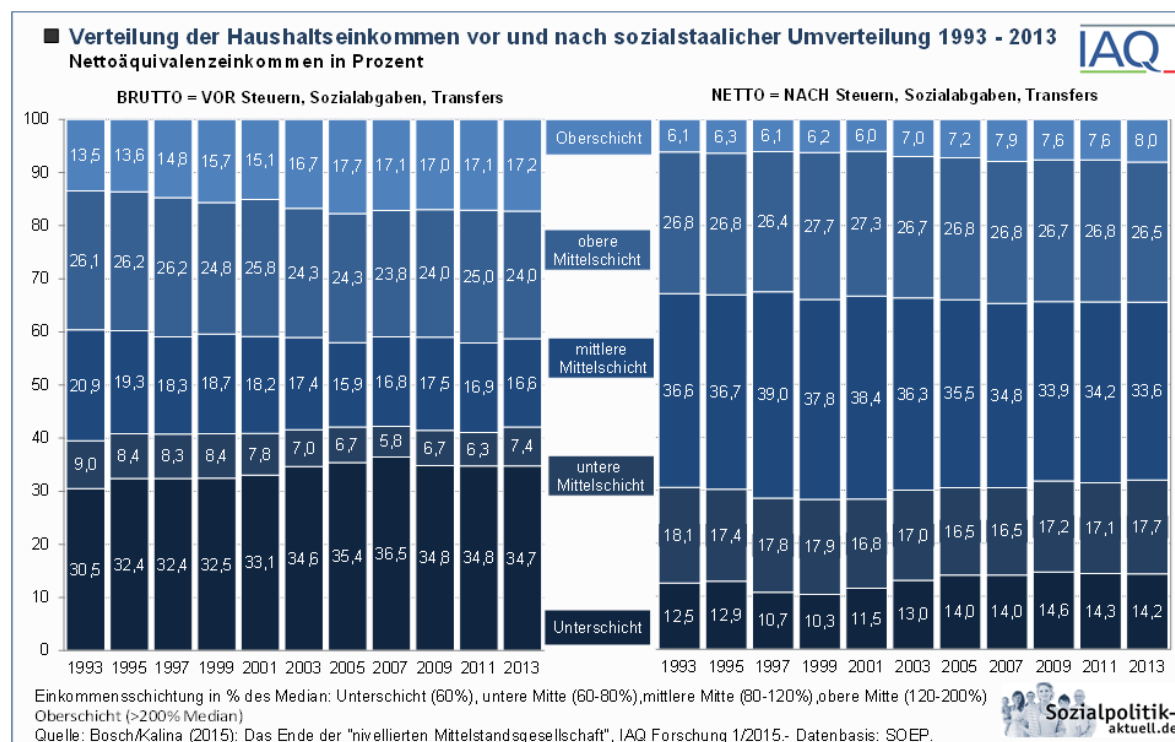
515 Das **Markteinkommen** umfasst sämtliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Enthalten sind die Gewinneinkommen aus selbständiger Tätigkeit, die Kapitaleinkommen einschließlich des Mietwerts der Eigentümerwohnung und die Arbeitnehmerentgelte einschließlich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung sowie unterstellter Sozialbeiträge für die Beamten.

520 Das **Bruttoeinkommen** enthält zusätzlich die staatlichen und privaten Transfers. Dies sind die gesetzlichen Renten und Lohnersatzleistungen der Sozialversicherung sowie die staatlichen Transfers, die im SOEP erfasst werden, also Kindergeld und Elterngeld, Ausbildungsförderung, Eigenheimzulage, Grundversicherungsleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Sozialgeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsgeld) und Wohngeld. Ferner werden unter den Transfers die staatlichen und privaten Pensionen, die Renten im Rahmen der betrieblichen und privaten Altersversorgungssysteme sowie die Lohnersatzleistungen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung erfasst.

525 Das **Nettoeinkommen** oder verfügbare Einkommen der Haushalte ergibt sich, indem vom Bruttoeinkommen die Sozialbeiträge und die Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag abgezogen werden.

Quelle: https://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_347.pdf (Januar 2017)

M2 Wie wirkt der Sozialstaat? - Haushaltseinkommen vor und nach Abgaben und Transfers



530

Lesehilfe: Vor sozialstaatlicher Umverteilung wären 2013 34,7 Prozent der Haushalte der Unterschicht zuzuordnen, nach sozialstaatlicher Umverteilung 14,2 Prozent.

Methodische Hinweise:

535

Die vorliegende Berechnung des Instituts Arbeit und Qualifikation beruht auf den Daten des „Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)“. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 20.000 Personen aus rund 11.000 Haushalten. Gefragt wird u.a. nach Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung und Gesundheit. Durch das Paneldesign der Befragung ist es möglich, langfristige soziale und gesellschaftliche Trends zu verfolgen.

540

Um die Entwicklung der Einkommensverteilung nach Schichten abzubilden, muss definiert werden, welcher Grenzwert die Schichtzugehörigkeit absteckt. [...] In der internationalen Armutsforschung ist es zur Konvention geworden, die **Armuts(risiko)grenze bei 60% des Medians** (= des mittleren Einkommens) anzusetzen. Das mittlere Einkommen ist das Einkommen, das eine Person (bzw. ein Haushalt) erhält, das sich beim Durchzählen genau in der Mitte der betrachteten Einkommen befindet. Bei drei Personen wäre dies die Person 2, bei 101 Personen die Person 51.

545

1. unter 60% des Medians (Unterschicht)
2. 60 bis unter 80% des Medians (untere Mittelschicht)
3. 80 bis unter 120% des Medians (mittlere Mittelschicht)
4. 120 bis unter 200% des Medians (obere Mittelschicht)
5. 200% des Medians und mehr (Oberschicht)

550

Als Indikator für die Bestimmung der Schichtzugehörigkeit wird das **Haushaltseinkommen** herangezogen. Die Berechnung basiert auf dem Äquivalenzeinkommen, das durch die Gewichtung nach der neuen OECD – Skala das Einkommen unterschiedlich groß und unterschiedlich zusammengesetzter Haushalte vergleichbar macht. Durch dieses Verfahren soll berücksichtigt werden, dass Kinder einen geringeren Einkommensbedarf als Erwachsene haben und dass in Mehrpersonenhaushalten Einspar-effekte auftreten.

555

Durch die Zusammenschau aller Einkommen eines Haushalts kann verhindert werden, dass beispielsweise das niedrige Einkommen einer Hinzuverdienerin mit Minijob als Indiz für ein niedrige Schichtzugehörigkeit gewertet wird, obwohl dieses Einkommen im Haushaltskontext durch das sehr hohe Einkommen des Ehemannes kompensiert wird. Gerade die Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers muss zwingend auf Haushaltsebene betrachtet werden, weil Steuern (bei verheirateten

560

Paaren) gemeinsam entrichtet und eine Reihe von sozialstaatlichen Transfers familien- bzw. haushaltsbezogen verteilt werden (bspw. Krankenversicherung, Bedarfsprüfung in der Grundsicherung etc.). [...]

Zur Deutung:

565 Im Jahr 2013 lag die Armutsgefährdungsquote in Deutschland bei 14,2 %: Jeder siebte Einwohner lebte
in einem Haushalt mit einem verfügbaren Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) von weniger als
60 % des Durchschnittseinkommens (Median) und kann der Unterschicht zugeordnet werden. Betracht-
570 tet man allerdings die Bruttoeinkommen, dann lag das Armutsrisiko sogar bei 34,7 %. Diese großen
Unterschiede zwischen Brutto und Netto sind Folge der (sozial)staatlichen Aktivitäten: Durch Einkom-
menssteuern und Sozialbeiträge werden einerseits die Bruttoeinkommen verringert, durch Sozial-
transfers (u.a. Geldleistungen der Sozialversicherung, Kindergeld, ALGII) werden andererseits die Brutto-
einkommen aufgestockt. Der Sozialstaat wirkt also: Die sozialstaatliche Umverteilung begrenzt die
575 Ungleichheit der Einkommensverteilung; kann aber das Armutsrisiko nicht vermeiden. In den vergan-
genen zwei Dekaden ist die Einkommensungleichheit in Deutschland stark angestiegen. Die Betracht-
ung nach Einkommensschichten macht sichtbar, dass sowohl auf der Brutto- wie auf der Nettoebene
der Anteil der Unterschicht und damit der Bevölkerung, die vom Armutsrisiko betroffen ist, steigt. Da
gleichzeitig auch der Anteil der Oberschicht zugenommen hat, d.h. der Bevölkerung, die der höchsten
Einkommensgruppe (mehr als 200 % des Durchschnittseinkommens) zuzuordnen ist, schrumpft die
580 Mittelschicht. Im Jahr 2013 ließen sich nach sozialstaatlicher Umverteilung 48 % aller Haushalte der
Mittelschicht zuordnen, im Jahr 1993 war die Mittelschicht mit 56 % noch deutlich größer. Diese Zu-
nahme der Oberschicht und der Rückgang der Mittelschicht fallen bei der Betrachtung der Bruttoein-
kommen noch deutlich stärker aus. Auch hier gilt, dass durch Wirkung von Abgaben einerseits und
Transfers andererseits der Prozess der Einkommensspreizung abgebremst, aber nicht verhindert wor-
den ist. Wie die Befunde zeigen, ist die Ausgleichsfunktion des Sozialstaates in den zurückliegenden
585 Jahren unter Druck geraten. Denn wenn die Ungleichheit der Bruttoeinkommen nahezu kontinuierlich
ansteigt, wird es immer aufwändiger, einen nachträglichen Ausgleich zu erreichen. [...]
Die zunehmende Ungleichheit der Bruttoeinkommen ist dabei nicht allein auf einzelne ökonomische
Ereignisse zurückzuführen. Es handelt sich vielmehr um einen ausgeprägten Langzeittrend, der auf
eine Fülle insbesondere arbeitsmarktbezogener Entscheidungen und Phänomene zurück zu führen ist
590 (wie die Ausweitung von Niedriglöhnen und von atypischer und prekärer Beschäftigung, die Privatisie-
rung vormals öffentlicher Dienstleistungen, die Expansion des Finanzsektors, die Entwicklung der Ar-
beitszeiten oder die rückläufige Tarifbindung.)

Quelle: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII30.pdf (01.12.2015)

595

VIII. Entwicklungstrends in der deutschen Steuerpolitik

Aufgabenvorschlag:

- 600 1. Charakterisieren Sie beiden Positionen (M1) hinsichtlich der zugrundeliegenden Gerechtigkeitskon-
zeptionen (vgl. Kapitel VI.).
2. Fassen Sie die Entwicklungstrends in der deutschen Steuerpolitik knapp zusammen (M2, M3).
3. „Von Reich zu Arm umverteilt wird also durchaus im deutschen Staat - aber mit einem Instrument,
605 das eigentlich gar nicht zur Umverteilung gedacht ist“ (M4, letzter Satz). Erklären Sie diese Aussage
(M4).
4. „Mehr Gerechtigkeit durch mehr Umverteilung?“ – Ergänzen/ präzisieren Sie Ihre erste Einschätzung
aus Kapitel VI, Aufgabe 3, auf Basis dessen, was Sie aus diesem Kapitel mitnehmen.

M1 Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben – zwei Positionen

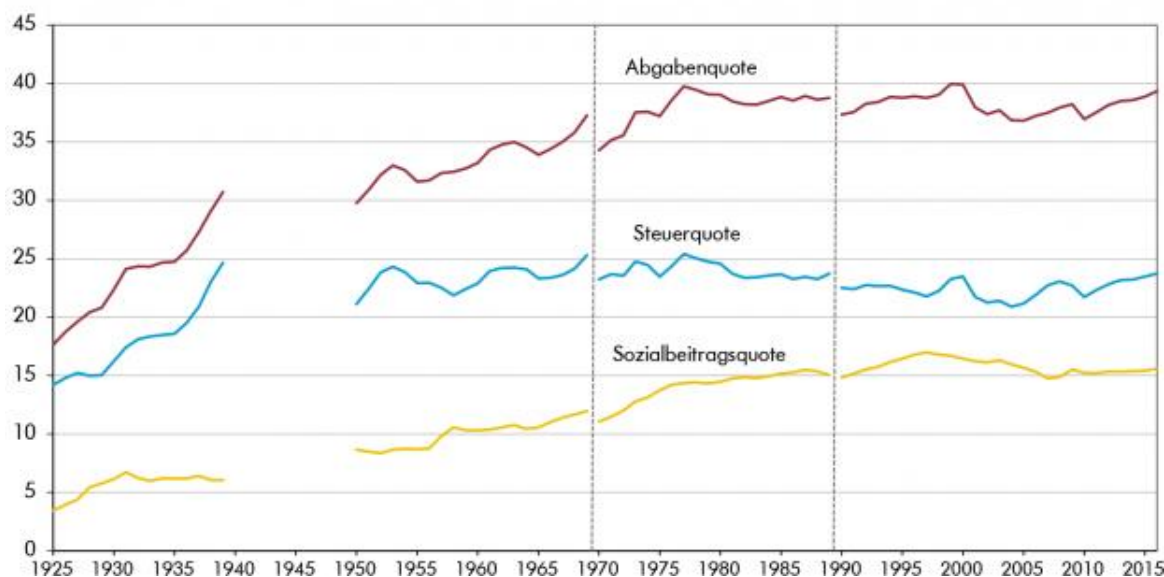
610 [...] [Es] scheiden sich die Geister in der Steuer- und Finanzpolitik entlang der einschlägigen ideologischen Positionen zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundsätzlich kann hier zwischen dem neoliberalen Modell des schlanken "Nachtwächterstaates" und dem linksliberalen und sozialdemokratischen Modell des Interventions- und Wohlfahrtsstaates unterschieden werden.

Zentrale **Leitbilder des Neoliberalismus** sind Freiheit und Marktwirtschaft, betont werden Subsidiarität, Eigenverantwortung und Chancengleichheit. Marktwirtschaft und Kapitalismus werden positiv gesehen und gelten als inhärent stabil. Der Staat soll sich auf ordnungspolitische Rahmenseetzungen und die Bereitstellung unerlässlicher öffentlicher Güter beschränken. Kritisch gesehen werden prozessorientierte staatliche Interventionen der Struktur- und Konjunkturpolitik, umfassende Daseinsvorsorge durch öffentliche Leistungen und Regulierungen sowie eine weitreichende Umverteilung zur Herstellung von Ergebnisgleichheit. Der Staat wird meist als zu groß und zu verschwenderisch wahrgenommen, hohe Steuern als Belastung der Wirtschaftskraft gesehen. Die Einkommens- und Vermögenssteuern gelten als gestaltungsanfällig und leistungsfeindlich, vor allem bei hohen Steuersätzen. Bevorzugt werden niedrigere und proportionale "Flatrate-Steuertarife" mit breiter Bemessungsgrundlage oder indirekte Steuern auf Konsum, wie die Mehrwertsteuer.

Das **Modell des Interventions- und Wohlfahrtsstaates** geht von der Instabilität der kapitalistischen Wirtschaft und deren Tendenz zur Ungleichheit bei den Lebensverhältnissen sowie bei der Einkommens- und Vermögensverteilung aus. Das soll mit aktivem Eingreifen des Staates in die Wirtschaft durch eine keynesianische Steuerung der Konjunktur, eine breite Daseinsvorsorge und soziale Sicherung für die Bürgerinnen und Bürger korrigiert werden. Ausreichende und gerechte Steuern sind zentrale Pfeiler einer solchen Politik. Bevorzugt werden progressive Einkommens- und Vermögenssteuern, das heißt die Durchschnittsbelastung soll bei zunehmender Bemessungsgrundlage steigen, während indirekte Steuern eine Nebenrolle spielen sollen, da sie regressiv wirken, also vor allem die niedrigen Einkommen belasten, die proportional einen besonders großen Teil ihres Geldes ausgeben müssen. Effizienzverluste durch Besteuerung werden vernachlässigt oder in Kauf genommen und Steuervermeidungsmöglichkeiten bekämpft.
[...]

M2 Entwicklung der Abgabenlast durch Steuern und Sozialbeiträge

Abbildung 1: Steuern und Sozialbeiträge in Deutschland von 1925 bis 2016 in Prozent des BIP



615
Abbildung 1: Steuern und Sozialbeiträge in Deutschland von 1925 bis 2016 in Prozent des BIP (© Aus Politik und Zeitgeschichte)

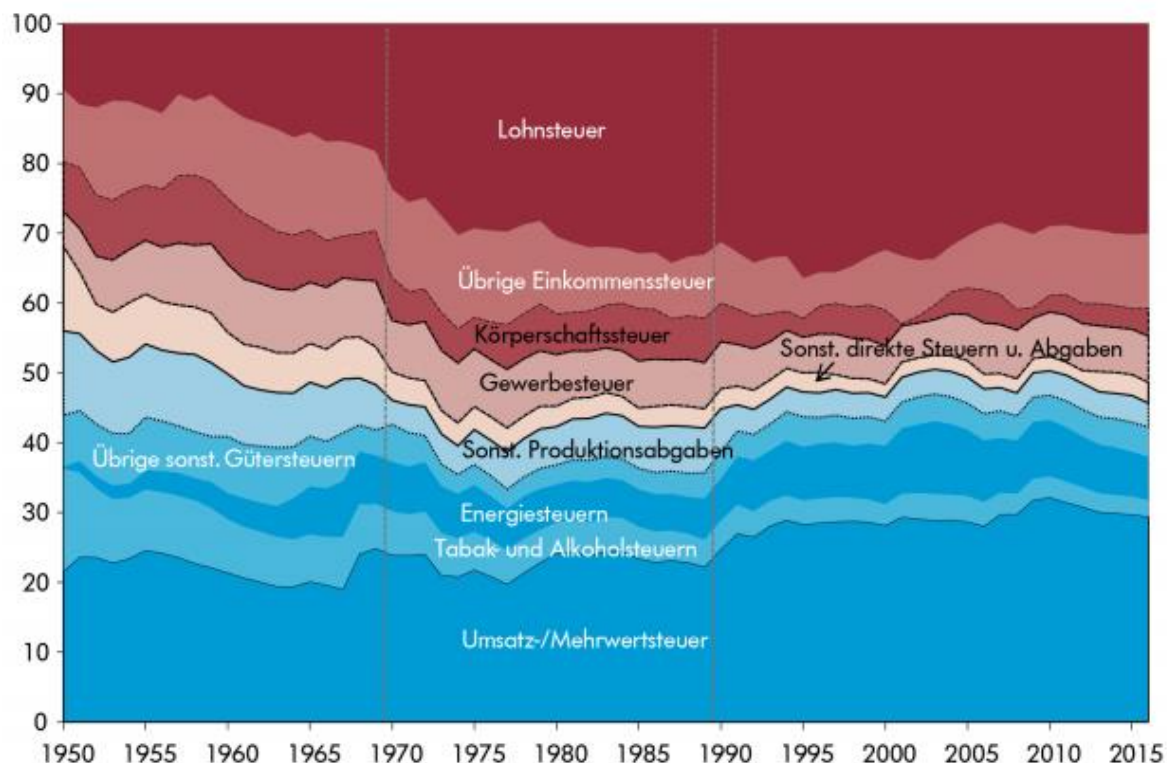
620 [...] Im historischen Längsschnitt fällt auf, dass die gesamtwirtschaftliche Steuerbelastung bereits kurz vor dem Zweiten Weltkrieg heutige Dimensionen erreichte und seitdem recht konstant verlief [...] (Abbildung 1). [...] Deutlich gestiegen sind im säkularen Trend die Sozialbeiträge. Ab Mitte der 1950er

625 Jahre wurde die Rentenversicherung ausgebaut, später im Zuge des medizinisch-technischen Fortschritts die Krankenversicherung. Ab Mitte der 1970er Jahre erschwerten schwächeres Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme, daher wurden die Beiträge erhöht und Leistungen gekürzt. Nach 1990 wurden die Transfers in die ostdeutschen Bundesländer zu einem erheblichen Teil über die Sozialversicherungen abgewickelt und durch weiter steigende Beiträge finanziert. Seit Ende der 1990er Jahre konnten die Belastungen durch die deutliche Aufstockung der staatlichen Zuschüsse an die Sozialversicherung leicht zurückgeführt werden. Dies wurde über Einnahmen aus Mehrwertsteuererhöhungen und der ökologischen Steuerreform finanziert. Ferner reduzierte die günstige Arbeitsmarktentwicklung der jüngeren Zeit den Druck auf die Sozialkassen.

630

M3 Steuerstrukturverschiebungen

Abbildung 2: Struktur der Steuereinnahmen in Deutschland von 1950 bis 2016 in Prozent



Zugrunde gelegt werden empfangene Steuern und Sozialbeiträge des Staatssektors; ab 1970 einschließlich vermögenswirksamer Steuern und Steuereinnahmen an die EU; einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung, abzüglich der Beiträge des Staates für Empfänger von Sozialleistungen.

1925–1939: Deutsches Reich, Kassenmäßiges Abgabenaufkommen; BIP nach Schätzungen von Albrecht Ritschl/Mark Spoerer, Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901–1995, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1997, S. 27–54.

1950–1969: Früheres Bundesgebiet (bis 1959 ohne Berlin-West und Saarland), VGR-Revision 1991.

1970–1990: Früheres Bundesgebiet, VGR-Revision 2005.

1991–2016: Deutschland, VGR-Revision 2014.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.

Innerhalb des Steueraufkommens haben sich die Gewichte zwischen den einzelnen Steuerarten sowie zwischen den direkten und indirekten Steuern⁶ im Laufe der Jahrzehnte beträchtlich verschoben (Abbildung 2). [...] Seit den 1990er Jahren ist der Anteil der direkten Steuern [...] rückläufig, da die unternehmens- und vermögensbezogenen Steuern an Bedeutung verloren haben. Erst in den vergangenen Jahren gibt es hier wieder eine leichte Umkehr.

635

Die Umsatzsteuer, die seit Ende der 1960er Jahre als Mehrwertsteuer erhoben wird, war seit jeher

⁶ Direkte Steuern = Steuern, die beim Steuerpflichtigen direkt erhoben werden.

Indirekte Steuern = Steuern, die durch den Kauf von Waren mit erhoben werden und im Kaufpreis enthalten sind. (Quelle: www.bpb.de)

640 neben der Einkommenssteuer das zweite Standbein des deutschen Steuerstaates und hat seit den 1990er Jahren deutlich zugelegt. [...] Das schwindende Gewicht der direkten Steuern insgesamt ist auf die übrige Einkommenssteuer, die Körperschaftssteuer und die Gewerbesteuer zurückzuführen, die im Wesentlichen den Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Steueraufkommen repräsentieren. Deren Bedeutung ist bis Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich gesunken. Globalisierung, Standortwettbewerb und Steuerflucht belasteten die Besteuerungsgrundlagen und führten zu schrittweisen Steuerentlastungen durch Senkung der Einkommenssteuer-Spitzensätze, der Unternehmenssteuern und der Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen sowie durch die Abschaffung der Vermögens- und Gewerbekapitalsteuer. Ferner wurde das Aufkommen zeitweise durch Steuervergünstigungen stark belastet, die im Zuge der Investitionsförderung in den ostdeutschen Bundesländern gewährt wurden. Auch sonstige direkte Steuern und Abgaben wie vor allem die vermögensbezogenen Steuern (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer) haben im Laufe der Jahrzehnte an Gewicht verloren.

645

650 [...] Während die Steuerpolitik in den 2000er Jahren ein bürgerlich-liberales Thema war, wurde sie seit der Finanzkrise von den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen des linksliberalen und linken politischen Spektrums unter Verteilungsgesichtspunkten aufgegriffen und in die öffentlichen Debatten getragen. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und der Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der 2000er Jahre hatten die Einkommens- und Vermögensungleichheit spürbar zugenommen und die Umverteilungswirkung des Steuersystems abgenommen. Trotz guter Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Beschäftigung wurde darin eine Gerechtigkeitslücke ausgemacht. Mit höheren Spitzensteuersätzen, einer Vermögenssteuer und einer höheren Erbschaftssteuer sollten die Wohlhabenden und Reichen im Lande wieder stärker belastet werden. Im Bundestagswahlkampf 2013 spielten diese Themen eine prominente Rolle. [...]

655

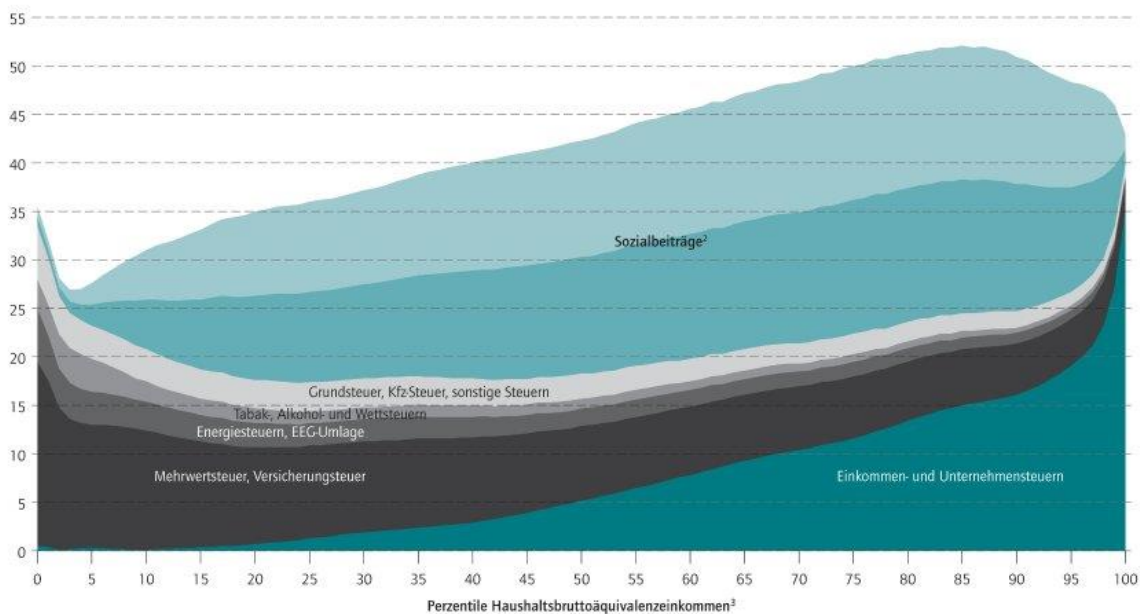
660

Quelle M1-M3: <https://www.bpb.de/apuz/249236/permanente-steuerreform-steuerpolitische-leitbilder-und-entwicklungstrends> (02.06.2017)

665 **M4 Der Wal in der Wanne**

Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens 2015¹

Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik



1 Werte polynomisch geglättet.
 2 Häufige Aufteilung der Sozialbeiträge.
 3 Äquivalenzgewichtet mit der neuen OECD-Skala.

Quelle: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015.

Der aktuelle Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bereichert die deutsche Gerechtigkeitsdebatte um ein [...] Tierbild: Die zentrale Grafik sieht aus wie ein Wal in einer

Wanne.

670 Die Wanne, das ist das deutsche Steuersystem. DIW-Steuerexperte Stefan Bach hat es mit Martin Benoska vom Institut der deutschen Wirtschaft und Viktor Steiner von der Freien Universität Berlin mit einer Kombination mehrerer großer Datensätze so genau vermessen wie niemand zuvor. Die Wannenförmigkeit ist durchaus eine Überraschung. Die für das Funktionieren des deutschen Steuerstaats zentrale Frage - wer zahlt wie viel an Steuern - ist bisher kaum beantwortet, jedenfalls nicht quer über alle Steuerarten hinweg.

675 Diskutiert wird meist über die Lohnsteuer, die bei höheren Einkommen mit einem größeren Anteil zuschlägt und auf diese Weise Wohlstand von Reichen zu den Armen umverteilt - aber mit 180 Milliarden Euro nur noch ein Viertel zum jährlichen Steueraufkommen beiträgt. Der aktuell viel beachtete "Mittelstandsbauch" ist im großen Bild der DIW-Studie mit bloßem Auge kaum noch zu erkennen. 680 Zunehmend finanziert sich der Staat hingegen über indirekte Steuern, die vom Konsum statt vom Einkommen abhängen: vor allem die Umsatz- (besser bekannt als Mehrwert-)steuer mit inzwischen 210 Milliarden Euro, aber auch Energie-, Tabak-, Alkohol- oder Lottosteuer.

Weil die Ärmeren einen höheren Anteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben, werden sie von diesen Verbrauchsabgaben stärker belastet. Diese Steuerart wirkt also degressiv im Gegensatz zur progressiven Einkommensteuer. Das führt zu dem hohen linken Wannenanfang: Die ärmsten Haushalte müssen mehr als ein Drittel ihres Bruttoverdienstes abgeben - fast ausschließlich in Form indirekter Steuern - , ähnlich viel wie die reichsten, bei denen Einkommen- und Unternehmensteuer zuschlagen. Zwischen diesen beiden Extremen findet sich der breite Wannengrund. Die meisten Haushalte im Land werden mit um die 20 Prozent ihres Einkommens besteuert. In der unteren Mittelschicht, die noch 690 kaum von der Einkommensteuer betroffen ist, liegt der Wert sogar ein gutes Stück darunter. Die Wanne ist nur leicht nach rechts geneigt, sodass höhere Einkommen tendenziell etwas höher belastet werden. "Die Steuerlastverteilung ist insgesamt doch erstaunlich gleichmäßig und wenig progressiv", befindet DIW-Ökonom Stefan Bach. Der Umverteilungsstaat verliert sich beim genauen Blick in die Daten.

695 Zugleich melden die Forscher den Vorbehalt an, auch ihre Analyse sei längst nicht komplett. Die - vor allem von Reichen gezahlte - Erbschaftsteuer beispielsweise konnte mangels Daten nicht erfasst werden, aber ebenso wenig einbehaltene Unternehmensgewinne und Steuerschlupflöcher, von denen eher Superreiche profitieren. In der Realität könnte sogar gar nichts von der steuerlichen Progression übrig bleiben, der rechte Wannenanfang wäre genau so hoch wie der linke.

700 Aber dann kommt der Wal ins Bild. Der steht für die Beiträge zur Sozialversicherung, die in Deutschland einen Großteil der staatlichen Funktionen finanzieren. Und die werden zwar proportional zum Einkommen erhoben - also einigermaßen gleichmäßig, unabhängig von Arm und Reich.

Doch in den unteren Einkommensgruppen finden sich mehr Nichterwerbstätige, die gar keine Beiträge zahlen, bis nur eine schmale Fluke am Ende des Wals bleibt. Den Kopf bildet das zweitreichste Bevölkerungszehntel, das am meisten für Gesundheit, Rente und Co. zur Kasse gebeten wird, während bei den noch Reichereren die Beitragsbemessungsgrenze greift. Der Rücken des Wals verläuft schon deutlich schräger als der Wannengrund.

Von Reich zu Arm umverteilt wird also durchaus im deutschen Staat - aber mit einem Instrument, das eigentlich gar nicht zur Umverteilung gedacht ist.

710 Quelle: <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/lohnsteuer-mehrwertsteuer-geringste-last-fuer-mittelschicht-a-1126986-1.html> (21.06.2016)

715

IX. Mehr Gerechtigkeit durch mehr Umverteilung? – Zwei Positionen

720 **Aufgabenvorschlag:**

1. Arbeiten Sie die zentralen Argumente beider Positionen heraus und stellen Sie diese tabellarisch gegenüber.

725 2. Analysieren Sie die Argumente entsprechend der Kategorien politischer Urteilkategorie (Legitimität und Effizienz). Berücksichtigen Sie dabei die jeweils zugrundeliegenden Gerechtigkeitskonzeptionen (vgl. Kap. VI) sowie Ihnen bekannten Werte der Sozialen Marktwirtschaft (z.B. Freiheit, Gleichheit und Sicherheit).

zur Methode: Ergänzen Sie Ihre tabellarische Übersicht um die entsprechenden Kategorien.

3. Führt mehr Umverteilung zu mehr Gerechtigkeit? – Nehmen Sie Stellung.

(Hinweis: Bei einer Stellungnahme wird sowohl ein Sach- als auch ein Werturteil verlangt.)

730

M1 Christoph Butterwegge:

TEILHABE- UND VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

"Reiche werden immer reicher, Arme immer zahlreicher"



Christoph Butterwegge
Politikwissenschaftler
und Armutsforscher

Für soziale Gerechtigkeit braucht es mehr als bloß Chancengerechtigkeit. Teilhabe an Bildung und Gesellschaft muss man sich heute finanziell leisten können. Daher brauchen wir eine Verteilungsgerechtigkeit, die an die Ärmsten denkt und die Hyperreichen stärker in die Verantwortung nimmt.

735 [...] Für mich wäre eine Gesellschaft dann gerecht, wenn alle Menschen über die Möglichkeit verfügen, sich persönlich voll zu entfalten. Ob dies der Fall ist, hängt in Deutschland wesentlich von den ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen ab. Deshalb ist soziale Gerechtigkeit nur gegeben, wenn die Kluft zwischen Arm und Reich nicht so groß wird, dass die einen sehr viel haben und die anderen wenig oder gar nichts.

740 Die bestehende Verteilungsschieflage kann nur beseitigt werden, wenn wir uns künftig mehr am Ziel der Bedarfsgerechtigkeit orientieren. In einer so reichen Gesellschaft wie der unseren muss im Vordergrund stehen, was die einzelnen Mitglieder brauchen. [...] Deshalb wäre die Herstellung von Bedarfsgerechtigkeit besser als die Beschwörung von Leistungsgerechtigkeit. Letztere hat aber einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft – wobei auch Leistung unterschiedlich aufgefasst wird. Der eine versteht darunter, was Erzieherinnen, Krankenschwestern und Altenpfleger tun. Der andere versteht darunter, was ein Manager macht oder auch das Befolgen guter Tipps eines Anlageberaters an der Börse. Letzteres ist aber keine Leistung. Leistung bedeutet, etwas zu schaffen, was für die Gesellschaft nützlich ist.

745 So verstanden, ist es richtig, wenn Menschen, die mehr leisten, auch besser bezahlt werden. [...] Es hat allerdings nichts mit Leistung zu tun, einen ganzen Konzern zu erben und auf Grund unserer Steuergesetze dafür nicht einen Cent betriebliche Erbschaftssteuer zu zahlen. Es ist schließlich keine Leistung, der Sohn oder die Tochter eines Milliardärs zu sein.

750 In meinen Augen müssen wir die Bedarfs- auch der Chancengerechtigkeit vorziehen. Die Chance an sich enthält ja noch nicht das Ergebnis – aber darauf kommt es letztlich an. In einer Gesellschaft, in der Vermögen und Reichtum so ungleich verteilt sind wie in unserer, gibt es keine Chancengerechtigkeit. So hat das Kind einer alleinerziehenden Mutter, die sich im Hartz-IV-Bezug befindet, beispielsweise mit Blick auf die Bildung nie die gleichen Chancen wie das eines Großunternehmers. Da dürfen wir uns

nichts vormachen. Dennoch kann es mehr oder weniger soziale Gerechtigkeit auch in einer kapitalistischen Gesellschaft geben. Das hängt davon ab, wie der Reichtum verteilt ist. Es wäre wichtig, mehr Steuergerechtigkeit herzustellen – also die stärker zu belasten, die über große Vermögen und Einkommen verfügen, und diejenigen weniger zu belasten, die dadurch benachteiligt sind, dass sie nichts besitzen. [...]

760

Daher wäre es wichtig, wieder eine Vermögensteuer zu erheben – die übrigens nach wie vor im Grundgesetz steht, aber seit 1997 [...] nicht mehr erhoben wird. Zutiefst ungerecht hingegen war die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent [...] 2007. Diese indirekte Steuerart belastet am stärksten große Familien, deren erwachsene Haushaltsmitglieder entweder Geringverdiener oder Transferleistungsbezieher sind, weil sie fast 100 Prozent ihres Einkommens in den Alltagskonsum stecken müssen. Es ist nicht gerecht, wenn eine alleinerziehende Mutter auf Windeln 19 Prozent Mehrwertsteuer bezahlt, während sich ein Hyperreicher steuerfrei Aktien für 30 Millionen Euro zulegen kann, weil die Börsenumsatzsteuer 1991 [...] abgeschafft wurde. Diese Steuerungerechtigkeit müssen wir dringend ändern. Das funktioniert aber nicht, wenn [...] das Merkel-Dogma fortbesteht, wonach keine Steuer erhöht werden darf, solange die Union regiert.

765

770

Ebenso ungerecht ist die Sparpolitik; meistens wird ja gar nicht gespart, sondern die Lasten werden nur umverteilt. Der Staat entlastet sich auf Kosten derjenigen, die zusätzliche finanzielle Belastungen am wenigsten tragen können. Es müsste stärker investiert werden, denn wir bräuchten eine bessere Verkehrs-, Bildungs- und soziale Infrastruktur. Warum kann der Staat nicht, wie beispielsweise in Skandinavien, allen Kindern in Tageseinrichtungen kostenfrei ein warmes Mittagessen zur Verfügung stellen? Warum haben wir keine allgemeine Lehrmittelfreiheit? Weil die politisch Verantwortlichen seit langem Hyperreiche entlasten, indem es ihnen möglich ist, Millionen oder Milliarden Euro an Dividendenzahlungen zu erhalten, ohne die gleiche Steuer zu zahlen wie ein Facharbeiter, der viele Überstunden macht. Während dieser den Spitzensteuersatz von 42 Prozent Einkommensteuer zahlen muss, fallen auf Aktienpakete in aller Regel nur 25 Prozent Kapitalertragsteuer an. Ungerechter könnte es nicht zugehen. Das zeigt, wie nötig es ist, Deutschland sozial gerechter zu machen. [...]

775

780

Quelle: <https://causa.tagesspiegel.de/politik/was-ist-soziale-gerechtigkeit/reiche-werden-immer-reicher-arme-immer-zahlreicher.html> (19.05.2017)

M2 Martin Rhonheimer:

SOZIALE GERECHTIGKEIT ALS ILLUSION

Kapitalisten ermöglichen mehr soziale Gerechtigkeit als die Politik



Martin Rhonheimer
Professor für Ethik an
der Päpstlichen
Universität Santa
Croce

Der Begriff soziale Gerechtigkeit wird heute benutzt, um die Reichen zu bestrafen und ihnen ihr rechtmäßiges Eigentum wegzunehmen. Dabei sind es gerade die Großverdiener, die die Lebensstandards erhöhen und Wirtschaft ankurbeln und somit für mehr Gerechtigkeit sorgen.

785

[...] Wo es Ungerechtigkeit gibt, muss es auch einen Verursacher geben. Dieser Annahme gemäß geht die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in der Regel einher mit der Identifizierung der Übeltäter, die für die Behebung der Ungerechtigkeit buchstäblich zur Kasse zu bitten sind: die Vermögenden und die Reichen, diejenigen, die bevorteilt erscheinen – sei es durch Geburt oder eigenen beruflichen Erfolg, mittels Erbschaften oder vorhandener Talente. Solches auszugleichen, damit alle die gleichen Chancen hätten, wird als Forderung der Gerechtigkeit postuliert. Damit wollen die Missionare der sozialen Gerechtigkeit mit den Mitteln staatlicher Zwangsgewalt aber etwas korrigieren, wofür der Staat gar keine

790

Zuständigkeit besitzen kann. Im Namen der Gerechtigkeit mit Gesetzeszwang jemandem sein rechtmäßiges Eigentum wegnehmen, um damit andere besser zu stellen, ist Unrecht. [...]

795 Die Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ wird zur Forderung, den Reichen so hohe Steuern aufzuerlegen, dass weniger Begüterte einen „gerechten Anteil“ sowie gleiche Chancen erhalten. Das ist aber ein frommer Wunsch, der zu immer neuen Forderungen führen muss. Denn Chancen werden nie gleich sein. Realistisch und wichtig ist es vielmehr, durch die Schaffung *allgemeinen* Wohlstands den Lebensstandard, Freiheitsspielräume und ganz besonders Bildungschancen für immer mehr Menschen ständig zu verbessern.

800 Genau das aber wird durch immer neue Forderungen nach „mehr sozialer Gerechtigkeit“ verhindert. Dass die Reicheren einer Gesellschaft zugleich die Produktiveren und gerade deshalb reich sein könnten, weil sie im wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess eine hervorragende Rolle spielen, wird nämlich von den Rufern nach mehr sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert. Ebenso die Tatsache, dass es

805 Reichtum und unternehmerischer Erfolg sind, die Abertausende, ja, Millionen von Menschen in Lohn und Brot bringen und ihnen den Genuss eines Lebensstandards wie auch Chancen ermöglichen, die anderswie gar nicht vorhanden wären. Deshalb kann eine besonders hohe Besteuerung dieser Reichen keineswegs eine Forderung der Gerechtigkeit sein. Denn die Vermögenden – die Kapitaleigentümer – tragen zwar zur Ungleichheit bei, sind aber jene, die Produktivitätswachstum und damit einen stetig

810 höheren Lebensstandard aller ermöglichen.

Zum vielgeschmähten reichsten Prozent gehören gerade diejenigen, die unseren Wohlstand erzeugen – (Mit-)Eigentümer innovativer Unternehmen, die auf globalen Märkten mit enormen Gewinnen operieren und zugleich gewaltige globale Wohlstandeffekte generieren. In dem Maße, wie sie in den entwickelten Ländern durchaus die Einkommens- und Vermögensungleichheit vergrößern, haben sie

815 durch die Schaffung eines globalen Mittelstandes in den letzten Jahrzehnten sukzessive den Abstand zwischen armen und reichen Ländern verringert. Großvermögen sind in einer globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft in der Regel nichts anderes als der statistische Niederschlag global besonders erfolgreicher Innovations- und Wohlstandsmotoren. [...]

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft kann auf anständige Weise reich nur werden – und bleiben –

820 , wer auch andere reicher macht. Das gilt auch für jene, deren Reichtum ererbt ist und nicht auf eigener Leistung beruht. Der große, so ungleich verteilte Reichtum, den viele als Skandal erachten, ist investiert, so dass die Allgemeinheit profitiert – indem er Arbeitsplätze schafft, Produktivitätssteigerung und damit zugleich den Wohlstand von morgen, global und für alle. Die Reichen zum Zwecke der Umverteilung vermehrt zur Kasse zu bitten, ist unverantwortlicher und nur allzu oft vom Neid getriebener Populismus.

825 Freilich gibt es Ungerechtigkeiten, die in einem besonderen Sinne unsozial genannt werden können, weil sie nämlich das Grundgefüge der Gesellschaft betreffen und sich dann gleichsam durch den Transmissionsriemen des freien Marktes fortpflanzen. Gesetzliche Diskriminierungen, beispielsweise, aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Religion usw. oder andere Arten der Ungleichheit vor dem Gesetz.

830 Demnach finden sich (soziale) Gerechtigkeit und (soziale) Ungerechtigkeit, wenn schon, auf der Ebene der Rechtsordnung. Die meisten (sozialen) Ungerechtigkeiten werden jedoch von der Politik verursacht – und zwar oft im Namen der sozialen Gerechtigkeit. [...]

(Sozial) ungerecht sind die wachsende und überbordende Staatverschuldung sowie der ständig weitergetriebene Ausbau des – letztlich ebenfalls schuldenfinanzierten – Sozialstaates. Den eigenen Lebensstandard auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu finanzieren, ist (sozial) ungerecht und

835 zugleich unsolidarisch. [...]

Kurz: Im Namen der sozialen Gerechtigkeit wird eine Politik angepriesen, die in Wirklichkeit den allgemeinen Wohlstand untergräbt, Innovation und Wachstum schwächt, Reallohnsteigerungen verunmöglicht und die kommenden Generationen belastet. [...]

840 Quelle: <https://causa.tagesspiegel.de/politik/was-ist-soziale-gerechtigkeit/kapitalisten-ermoeglichen-mehr-soziale-gerechtigkeit-als-die-politik.html> (31.07.2017)

X. Politische Vorschläge zur gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung vor dem Hintergrund der Grundwerte der SMW:

→ Hinweise zur Weiterarbeit mit aktuellen Lehrwerken (Auswahl)

Mensch & Politik, Westermann, Jhg. 12

- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns – ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit? (S.168 ff.)
- Brauchen wir eine höhere Erbschaftssteuer? (S.171 ff.)

Politik-Wirtschaft, Buchner eA, Jhg. 12

- Mit Vermögenssteuer zu sozialer Gerechtigkeit? (S. 238ff., S. 247 ff.)
- Ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ – wozu? (S. 252 ff.)
- 100-prozentige Erbschaftssteuer gegen Vermögensungleichheit? (S. 259)

Abi-Box, Jhg. 12

- Empfehlungen aus einer Studie des WSI-Instituts (S.119 f.)
- Was tun gegen Kinderarmut? - Forderungen des deutschen Kinderhilfswerk (S. 126 ff.)
- Vorschläge des Wirtschaftswissenschaftlers Achim Truger (vgl. S. 152f., Vertiefung auf S. 156 ff.)
- Vorschläge des Wirtschaftswissenschaftlers Gert G. Wagner (vgl. S. 154f.)

845

XI. Tagespolitischer Exkurs: Soziale Ungleichheit in der Corona-Krise

Arbeitsvorschlag:

1. Fassen Sie die Kernkritik und die Forderungen des Ökonomen und Wirtschaftsethikers Bernhard Emunds zusammen.
2. Erklären Sie die Forderungen vor dem Hintergrund der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland.
3. Nehmen Sie in Form eines Leserbriefs Stellung zu der Position des Ökonomen.

850

Corona-Krise: "Das Kapital wird bislang zu wenig an den Kosten der Krise beteiligt" [DER SPIEGEL, 26.03.2020]

855

Sind die Maßnahmen gegen Corona übertrieben, weil sie die Wirtschaft abwürgen? Im Gegenteil, sagt der Ökonom und Wirtschaftsethiker Bernhard Emunds. Ihm geht der Lockdown nicht weit genug.

860

SPIEGEL: Herr Emunds, bisher galt in der Coronakrise, dass so viele Leben wie möglich gerettet werden müssen. Je mehr deutlich wird, dass ein Lockdown für ein paar Wochen womöglich nicht ausreicht, um das Sars-CoV-2-Virus einzudämmen, melden sich aber auch andere Stimmen und fragen, wie viele Opfer die Wirtschaft denn bringen muss.

Emunds: Das halte ich für eine gefährliche Debatte, weil man schnell dabei ist, Menschenleben gegen Firmenpleiten und Börseneinbrüche aufzurechnen. In dieses zynische Dilemma sollten wir uns gar

865 nicht erst bringen. Wenn es um Menschenleben geht, ist es zweitrangig, dass der Dax einbricht und das Bruttoinlandsprodukt schrumpft.

SPIEGEL: Der Vize-Gouverneur von Texas hat gefragt, ob es nicht besser sei, das Leben älterer Bürger für das wirtschaftliche Wohlergehen Amerikas zu opfern. Er als Senior sei bereit, für sein Land sein Überleben zu riskieren.

870 **Emunds:** Das ist eine absurde Frage, die den meisten in Europa völlig fremd ist. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft und unsere Infrastruktur nach ein paar Monaten Lockdown nicht zerstört sind wie nach einem Weltkrieg. Nach der viralen Krise kann es schnell wieder bergauf gehen.

SPIEGEL: Andere, auch hierzulande, treibt die Sorge, dass ein gesamtwirtschaftlicher Crash viele Menschen in Armut stürzt - so sehr, dass auch das lebensbedrohlich sein kann.

875 **Emunds:** Es ist die Aufgabe der Politik, genau dies zu verhindern, aber doch nicht, indem sie den Lockdown jetzt lockert und in Kauf nimmt, dass überlastete Kliniken todkranke Menschen abweisen müssen. Im Gegenteil, wirtschaftlich geht der Lockdown noch nicht weit genug.

SPIEGEL: Nicht weit genug? In Teilen Deutschlands darf man nur noch mit triftigem Grund seine Wohnung verlassen und vielen Unternehmen ist von heute auf morgen ihr Geschäft verpufft. Was soll noch
880 kommen?

Emunds: Was wir dringend brauchen, ist ein Lockdown bei den Mieten und beim Schuldendienst. Diejenigen, die aktuell nicht arbeiten können, drohen wegen hoher laufender Kosten in Not zu geraten. Und viele kleinere Unternehmen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen stehen deshalb vor dem Aus. Wenn die deutsche Politik nun große Hilfspakete schnürt, fließt ein erheblicher Teil dieser Gelder
885 weiter an Immobilieneigentümer und Besitzer von Finanzvermögen. Auch bei Mieten und Krediten muss auf die Pausentaste gedrückt werden. Ich halte es für einen fatalen Fehler, bei den aktuellen Anstrengungen zu einer solidarischen Lösung der Krise nicht auch die Eigentümer in die Pflicht zu nehmen.

SPIEGEL: Wie soll das funktionieren?

890 **Emunds:** Mein Vorschlag ist, dass diejenigen, die nun vom Staat eine Subvention, Kurzarbeitergeld oder eine Grundsicherung bekommen, die Berechtigung erhalten, ihre Mietzahlungen und ihren Schuldendienst zu unterbrechen. Die staatliche Förderung kann dann vielleicht auch etwas geringer ausfallen. Ein Beispiel: Ein Musiker, der derzeit nicht auftreten kann, hat kein Einkommen mehr. Statt beim Jobcenter Hartz IV zu beantragen, sollte er ein Krisengeld bekommen, das hoch genug bemessen ist,
895 um seinen Bedarf zu finanzieren, also Lebensmittel, Strom, Wasser und so weiter. Die Miete wäre aber ausgenommen. Der Vermieter müsste den Ausfall hinnehmen, ohne dem Musiker die Wohnung kündigen zu können.

SPIEGEL: Warum sollte es gerade den Vermieter treffen?

Emunds: Umgekehrt: Warum sollte es gerade ihn *nicht* treffen? Viele von den Hilfgeldern, die aktuell
900 beschlossen werden, werden am Ende in die Taschen von Vermögensbesitzern fließen. Sie müssen hier keine wirtschaftlichen Einschnitte ertragen, während das von anderen selbstverständlich erwartet wird. Anders gesagt: Das Kapital wird bislang zu wenig an den Kosten der Krise beteiligt. Finanzflüsse von Menschen, die aktuell nicht arbeiten können sowie von Unternehmen und Einrichtungen, die vorübergehend schließen müssen, sollten wir jetzt einfrieren. Dann können wir die Wirtschaft in ein paar
905 Monaten in etwa so wieder auftauen, wie sie jetzt ist. Andernfalls drohen Insolvenzen ohne Ende und eine Spaltung der Gesellschaft.

SPIEGEL: Nun ist aber nicht jeder Vermieter ein kapitalistischer Großkonzern, der so etwas puffern kann.

910 **Emunds:** Wäre der Vermieter des Musikers für seinen täglichen Bedarf auf die Mieteinnahmen angewiesen, könnte er selbst Krisengeld beantragen. Und hätte er Schwierigkeiten, nun den Kredit für seine Immobilie zu bedienen, würde hier das Gleiche gelten. Am Ende käme eben nicht nur die Realwirtschaft teilweise zum Stillstand, sondern auch die Finanzwirtschaft. Was zunächst hart klingt, würde beim Neustart für gerechtere Bedingungen sorgen.

SPIEGEL: Weil es dann den Kapitalisten auch schlecht ginge?

915 **Emunds:** Weil es dann den Schuldnern und den Mietern *weniger schlecht* ginge. Die Bedrohung durch das Virus ist so groß und umfassend, dass wir sie nur durch eine Solidarität *aller* gesellschaftlichen Kräfte abwehren können. Zugleich kann es nach dem Lockdown nur schnell wieder bergauf gehen, wenn die kleineren Unternehmen und die vielen für unser Leben so wichtigen Einrichtungen der Gesellschaft jetzt nicht pleitegehen.

920 **SPIEGEL:** Was meinen Sie mit Solidarität aller gesellschaftlichen Kräfte?

Emunds: Sie muss auch von der Kapitaleseite eingefordert werden, vor allem von den Superreichen. Die bisherigen Maßnahmen werden aus Steuergeldern bezahlt, aber in die öffentlichen Kassen zahlen ausgerechnet die Wohlhabendsten einen viel geringeren Anteil ihres Geldes ein – weil in Deutschland hauptsächlich Arbeit besteuert wird, Kapital aber in viel geringerem Maße. Faktisch haben wir bei den Wohlhabenden und Reichen keine progressive, sondern eine regressive Besteuerung. Unter diesen Voraussetzungen ist es unverständlich, warum nur der Soloselbstständige derzeit auf sein Einkommen verzichten und mit staatlichen Hilfsgeldern auskommen soll, die Zahlungsansprüche großer Immobilien- und Finanzigentümer aber aufgrund hoher staatlicher Ausgaben und Kreditaufnahmen unangestastet bleiben.

930 **SPIEGEL:** Sie sehen da eine soziale Schiefelage.

Emunds: Und das ist nicht die einzige. Wer wohlhabend ist, kann sich besser vor der Pandemie schützen, schon weil sich eine Quarantäne in einer geräumigen Wohnung länger aushalten lässt als in einer kleinen. Und wer wohlhabend ist, muss sich weniger Sorgen machen vor den wirtschaftlichen Verwerfungen des Lockdowns als Arbeitnehmer, die schlecht verdienen. Das gilt vor allem für die Kranken- und Altenpfleger, die Kassierer in den Supermärkten und die Hilfskräfte, die die Regale einräumen. Sie werden jetzt heiliggesprochen oder zu Heldinnen und Helden erklärt, verdienen aber grottenschlecht.

SPIEGEL: Kann Deutschland sich denn eine Krisenpolitik, wie Sie sie beschreiben, leisten?

940 **Emunds:** Wenn alle, auch Eigentum und Kapital, mit in die Verantwortung genommen werden: ja. Und dann erreichen wir auch das, was ich ethisch für geboten halte: dass wir Wirtschaft und Menschenleben nicht gegeneinander aufrechnen.

Quelle: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-und-ethik-das-kapital-wird-bislang-zu-wenig-an-den-kosten-der-krise-beteiligt-a-1d08c774-2ef0-4ab1-8a5d-3028cfc58e73> (26.03.2020)

Der letzte Zugriff auf die genannten Quellen folgte am 21.04.2020.